

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und

Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 9.

Dienstag, den 29. Jänner 1895.

Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.
" " mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr.
Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **25. Jänner 1895** unter dem Voritze des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl und des Vice-Bürgermeisters Josef Magenauer.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlußfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Schrenckh entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Herr Gem.-Rath Baugoin hat um einen einmonatlichen Urlaub angefleht. Derselbe wurde ihm ertheilt.

3. Herr Leon Wechsler, am 31. December 1894 verstorben, hat für die Armen Wiens ohne Unterschied der Confession zur Vertheilung durch den Magistrat einen Betrag von 1000 fl. legiert.

4. Herr Director Wild vom Josefstädter Theater hat als Erträgnis einer Wohlthätigkeits-Vorstellung zu Gunsten der Armen im VIII. Bezirke einen Betrag von 120 fl. dem Armeninstitute des genannten Bezirkes übermittelt.

5. Der Eigenthümer des Eßterházy-Bades hat für Arme des Bezirkes Neubau 400, und für Arme des Bezirkes Döbling 100 Badeanweisungen gespendet.

6. Herr Albert Leitsch, Bürgerschuldirektor, VI., Stumpergasse 56, theilt mit, daß Herr Johann E. Boháč, k. k. Post-official, der städtischen Bürgerschule für Knaben im VI. Bezirke das Bild des österreichischen Reichsadlers, in Holz gebrannt, circa 70 cm im Durchmesser, wertvoll wegen der bei der Herstellung in Anwendung gebrachten Technik, zum Schmucke des Amtesraumes in der genannten Bürgerschule zum Geschenke gemacht.

Den Spendern wird der Dank votiert.

7. Es ist folgende Erklärung an mich gelangt (liest):

„Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Die gefertigten Mitglieder des Gemeinderathes der Stadt Wien erklären hiemit, daß sie nicht in der Lage sind, die auf sie gefallenen Wahlen in die Garten-, Waisenhäuser-, Armenhäuser-, Approvisionierungs-, Rechnungsabschluß- und Budget-Commission, endlich in das Curatorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung anzunehmen.

Der Grund dieses Entschlusses liegt darin, daß von Seite der Majorität des Gemeinderathes der gerechten Forderung der Opposition, daß sie bei allen Wahlen des Gemeinderathes in Gemäßheit ihrer numerischen Stärke berücksichtigt und ihr die Nominierung überlassen werde, nicht entsprochen werden will.

Mit voller Hochachtung Ihre ergebensten

Johann Dürbek,
Th. J. Trambauer,
Ferdinand Gräf,
M. Schneeweiß,
Johann Jedlička,
Sebastian Grünbeck,
Dr. Augustin Kupka,
B. Wessely,

Josef Bärthl,
Josef Strobach,
Leopold Steiner,
Johann Hipp,
Leopold Brauneiß,
Franz Maresch,
Josef Schlögl,
Franz Geher."

Ich muß darauf verweisen, daß in allen hier in Betracht kommenden Commissionen den verehrten Herren ein Drittel der Mandate zugewiesen wurde, und daß sie daher in der Lage waren, ihr Amt auszuüben. Ich werde die Ergänzungswahl auf die nächste Tagesordnung setzen.

8. Das Präsidium der Handels- und Gewerbekammer theilt mit, daß nachstehende sechs Herren zu Mitgliedern des Schiedsgerichtes für Lagerhausstreitigkeiten gewählt wurden, und zwar: E. Bäumel, Spediteur, Ernst Ritt. v. Boschan, Besitzer einer Baumwollspinnerei und mechanischen Weberei, Kammerrath, Rudolf Erber, Kaufmann, Kammerrath, J. P. Frisch, Kaufmann, Rudolf Ritschelt, k. k. priv. Eisenmöbelfabriks- und Metall-

giebereibefitzer, Vice-Präsident der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Friedrich Vogel, Mühlenbesitzer, Rammerrath.

Das Präsidium fügt noch bei, daß die genannten Herren erklärten, die Wahl anzunehmen.

9. Herr Gem.-Rath Tomola hat in der letzten Sitzung eine Anfrage an mich gerichtet wegen einer in der Schule im XVIII. Bezirke, Währinger Gürtel Nr. 17, vorgekommenen Scharlach-Erkrankung.

Ich habe die Ehre, diesfalls folgendes zu bemerken:

Am 24. December 1894 hat der praktische Arzt Dr. Fried die Anzeige erstattet, daß ein Kind der Familie Medak, wohnhaft XVIII. Bezirk, Währingergürtel 117, an Scharlach erkrankt sei und von ihm ärztlich behandelt werde.

Am 6. Jänner 1895 erhielt der städtische Arzt Dr. Moriz Breuer von dem praktischen Arzte Dr. Halász, wohnhaft Döbling, Hauptstraße 25, die Anzeige, daß zwei Kinder dieser Familie, Ella und Rosa Medak, vom Scharlach genesen seien.

Dr. Moriz Breuer begab sich hierauf in die Wohnung der genannten Familie, wo aber nur die Mutter der erkrankt gewesenen Kinder anwesend war, woraus er den Schluß zog, daß diese Erkrankungen verspätet zur Anzeige gelangt und die Kinder thatsächlich genesen seien.

Der vorgenannte städtische Arzt hat daher für den nach der ersten Anzeige ausgeschulten Bruder Alois Medak den Schulbesuchschein ausgefertigt.

Bei dieser Amtshandlung wurde der städtische Arzt Dr. Breuer durch die Genesungsanzeige des Dr. Halász irregeführt und in diesem Irrthume noch durch den Umstand bestärkt, daß zur Zeit seiner Revision über die erhaltene Genesungsanzeige die erkrankt gewesenen Kinder nicht anwesend waren.

Gegen Dr. Fried wurde wegen Unterlassung der Anzeige der zweiten infectiösen Erkrankung und gegen Dr. Halász wegen Erstattung der vorzeitigen Genesungsanzeige die Strafamtshandlung eingeleitet.

10. Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Steiner, betreffend den Tramwayverkehr auf der Linie Grinzing—Heiligenstadt an Sonntagen.

Ich habe die Ehre, diesfalls folgendes zu berichten:

Mit dem Erlasse der k. k. Generalinspection der österreichischen Eisenbahnen vom 24. October 1892, Z. 14942, wurde der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft gelegentlich der Genehmigung des Fahrplanes für die mit Dampf betriebenen Linien gestattet, „von der Durchführung des Verkehrs am Heiligenstädter Flügel an solchen Sonn- und Feiertagen Umgang nehmen zu dürfen, wo infolge starker Schneeverwehungen die Freimachung der Strecke mit bedeutenden Kosten verbunden wäre“.

Diese Erleichterung wurde seitens der k. k. Generalinspection auch mit der Genehmigung des Winterfahrplanes 1893/94 und 1894/95 bestätigt.

Der Vertreter der genannten Gesellschaft hat hieramts erklärt, daß an den letzten zwei Sonntagen infolge der vorhergegangenen Schneeverwehungen von dieser Begünstigung Gebrauch gemacht worden ist, daß jedoch, wenn keine neuerlichen Schneeverwehungen eintreten, der Verkehr am nächsten Sonntage wieder aufgenommen werden wird.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

11. Herr Gem.-Rath Büsch hat interpelliert und darauf hingewiesen, daß auf der Strecke der Schönbrunnerstraße im früheren

Gaudenzdorf zwischen der Bäcker- und Gemeindegasse der neugebaute Sammelcanal in einer Länge von circa 6 m eingestürzt sei. Diesfalls habe ich die Ehre, folgendes mitzutheilen:

In der Meidlinger-Schönbrunnerstraße ist ein Theil des bereits fertiggestellten Canalbetongewölbes durch gewaltsame Weise bei der Verlegung des Tramwayoberbaues von den Organen der Tramway-Gesellschaft derart beschädigt worden, daß seitens der Bauleitung die Abtragung des beschädigten Gewölbes und Neuherstellung durch den Unternehmer verfügt wurde. Von einem Canaleinstürzen kann also nicht die Rede sein.

Da der Canal von der Gemeinde noch nicht übernommen ist, so hat der Bauunternehmer den Schaden zu tragen und steht es demselben frei, die Tramway-Gesellschaft zum Ersatze heranzuziehen.

Bezüglich der einzelnen Fragepunkte der Interpellation wäre zu bemerken:

Zu 1. Die Aufsichtsorgane des Bauamtes trifft bezüglich der Beschüttung kein Verschulden, da der Beton schon genügend fest war, um die dort sehr geringe Übersättigungshöhe zu tragen und so die Beschüttung eigentlich ein Schutz gegenüber der Winterwitterung ist.

Zu 2. Das Materiale zum Gewölbe war in jeder Richtung ein geradezu vorzügliches, was die Bruchstellen bewiesen haben. Um aber ganz bedeutenden concentrirten Druck bei Aufrichtung der Schwellen auszuhalten, hätte das Gewölbe längere Zeit zur Erhärtung haben müssen.

Zu 3. Die Witterungseinflüsse der letzten Zeit können nur die Ausführung erschweren, aber die Qualität nicht beeinflussen. Die Kältegrade waren zu geringfügig, um das Mauerwerk zu schädigen.

Zu 4. Nach den Bedingnissen treffen den Unternehmer die Kosten der Wiederherstellung des Canales, und es muß daher demselben überlassen bleiben, einen etwaigen Regressanspruch gegen die Tramway-Gesellschaft geltend zu machen. Zur Erstattung einer strafgerichtlichen Anzeige liegt für die Gemeinde gleichfalls kein Anlaß vor.

Zu 5. Wegen Entfernung der auf der Schönbrunner Hauptstraße noch befindlichen Schneehaufen, insofern durch dieselben mit Rücksicht auf den Canalbau die Passage erschwert wird, wird der Magistrat ein Ersuchen an den Herrn Vorsteher des XII. Bezirkes gelangen lassen.

12. Herr Gem.-Rath Steiner hat interpelliert wegen einer Notiz, welche in der „Arbeiter-Zeitung“ enthalten war und welche sich auf die Auszahlung an die Schneearbeiter auf dem Central-Biehmarke bezog.

Diesfalls habe ich die Ehre, folgendes zu bemerken:

Mit Bezug auf den in der Nr. 17 der „Arbeiter-Zeitung“ vom 17. Jänner 1895 unter der Aufschrift: „Die Arbeiterfreundlichkeit der Commune“ erschienenen, den Central-Biehmarkt betreffenden Artikel kommt zu bemerken, daß es unwahr ist, daß das Versprechen, den Arbeitern pro Überstunde eine Entlohnung von zehn Kreuzern zu gewähren, nicht eingehalten wurde, und daß der Hausinspector Mayer, als es zur Auszahlung kam, jedem Arbeiter nur die Hälfte der Überstunden bezahlte; — vielmehr wurde denjenigen Arbeitern, welche Überstunden geleistet hatten, auch wirklich der versprochene Betrag von zehn Kreuzern für jede Überstunde ausbezahlt, während jenen acht Arbeitern, welche sich unter Hinweis auf die achtfündige Arbeitszeit weigerten, Überstunden zu machen, solche auch nicht bezahlt wurden. — Den

Arbeitern wurde nämlich bei ihrer Aufnahme ausdrücklich mitgetheilt, daß die Arbeitszeit (eingerechnet die einstündige Mittagspause) zehn Stunden betrage. — Es ist ferner unwahr, daß der Hausinspector Maher die Äußerung that, die Commune Wien hätte jetzt ohnehin genug Auslagen, man müsse doch auch Rücksicht nehmen; — weiters ist unwahr, daß der Hausinspector Maher an die Arbeiter Cigarren vertheilt hat, — dagegen ist es richtig, daß er einer Arbeiterpartie von 27 Mann nach Vollendung der Nachtarbeit vom 11. auf den 12. Jänner d. J. um 1/2 1 Uhr nachts, mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit der Beschaffung von Lebensmitteln zu so später Stunde, zur Erwärmung auf seine eigenen Kosten Brantwein verabreichen ließ. Unwahr ist ferner, daß dieser Vorgang des Inspectors Erbitterung hervorgerufen hat. Dagegen kann allerdings nicht in Abrede gestellt werden, daß durch die infolge eines unliebsamen Verfehls verspätet erfolgte Auszahlung am Montag den 14. Jänner 1895 unter den Arbeitern eine Mißstimmung hervorgerufen wurde. Desgleichen entspricht die Bemerkung, daß die Arbeiter vor der Auszahlung in der Kälte warten mußten, nicht den Thatfachen, nachdem dieselben im Börsensaale der Schweinehalle untergebracht waren. Zu Punkt 2 wird bemerkt, daß mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 1. October 1872 der Tagelohn für die bei der Straßenäuberung verwendeten Arbeiter mit 1 fl. festgesetzt wurde und daß Überstunden mit je zehn Kreuzer entlohnt werden. Diese Entlohnung erhalten auch die zur Straßenäuberung bei Schneefällen nach Bedarf aufgenommenen Arbeiter.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

13. Herr Gem.-Rath Stehlik hat eine Interpellation, betreffend die Baulinienbestimmung für die Häuser 11 und 13 in der Johannesgasse, eingebracht. Ich habe die Ehre, diesfalls folgendes mitzutheilen:

Die Baulinie für die Johannesgasse ist vom Wiener Gemeinderathe bestimmt worden und wurde speciell aus Anlaß eines Ansuchens um Bekanntgabe der Baulinie für das Haus Dr.-Nr. 13 Johannesgasse mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 29. September 1892 von einer Abänderung der im Jahre 1864 genehmigten Baulinie für die Johannesgasse abgesehen, diese Baulinie vielmehr beibehalten.

Es wurde demnach bereits damals am 5. October 1892 dem Inspectorate des herzoglich Savoyen'schen Damenstiftes, welches mit Zustimmung des Eigenthümers des Hauses Nr. 13 Johannesgasse — der Goldberg'schen Universitätsstiftung — um die Bekanntgabe der Baulinie für dieses Haus eingeschritten war, diese Baulinie entsprechend der Genehmigung des Gemeinderathes beziehungsweise Stadtrathes bekanntgegeben.

Neuerdings hat nunmehr am 24. November v. J. der akademische Senat seinerseits um die Bekanntgabe der Baulinie für das Haus Dr.-Nr. 13 Johannesgasse, sowie für das zur Arrondierung mittlerweile zugekaufte Haus Dr.-Nr. 11 angefragt und wurden die vom Stadtbauamte auf Grund der bestehenden Genehmigung der Baulinien angefertigten Baulinienpläne dem akademischen Senate hinausgegeben.

Mittlerweile wurde aber im General-Baulinienbureau ein von der Akademiestraße zum Stephansplatz und weiter zur Ferdinandsbrücke führender Straßenzug projectiert, welcher die bezeichneten beiden Häuser durchschneiden würde.

Wenn nun ein Umbau dieser beiden Häuser nach den bekanntgegebenen Baulinien stattfinden würde, so wäre der Frage wegen

Durchführung dieses projectierten Straßenzuges unbedingt präjudiciert.

Es wurde demnach der akademische Senat von diesem Sachverhalte in Kenntnis gesetzt und derselbe aufmerksam gemacht, daß die Frage hinsichtlich eines Umbaues dieser Häuser erst nach erfolgter Entscheidung hinsichtlich des vorbezeichneten Straßenzuges ausgetragen werden kann.

Damit jedoch die Entscheidung über die Frage, ob überhaupt die Idee der Straßendurchführung weiter zu verfolgen sei, rasch entschieden werde, wurde der bezügliche Act dem Wiener Stadtrathe vorgelegt.

Aus diesem Sachverhalte geht demnach hervor, daß der Magistrat sich keinerlei Anmaßung des nur dem Gemeinderathe zustehenden Rechtes einer Baulinienabänderung erlaubt, sondern den Baulinienwerber nur auf eine mögliche Änderung der Baulinie aufmerksam gemacht hat.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche um Mittheilung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rath Dohm (liest):

14. Interpellation des Gem.-Rathes Köhrl:

Vielfach und sichtlich auch mit Berechtigung wird darüber Klage geführt, daß gerade in jenen neuangelegten Bezirksteilen, welche sich einer schnellen Entwicklung erfreuen und zumeist auch dicht bevölkert erscheinen, die postalischen Einrichtungen gegenüber dieser Entwicklung weit zurückgeblieben sind.

Ich will diesfalls nur erwähnen, daß beispielsweise im XIV. Bezirke, Sechshäuser Hauptstraße Nr. 15, noch immer nur ein sogenanntes nicht ärarisches Postamt mit den gleichen Befugnissen wie in den kleinsten Dorfgemeinden sich befindet; weiters am Sechshäusergürtel derzeit gar kein Briefsammelkasten angebracht erscheint und überhaupt solche Kisten in der ganzen Gürtelstraße nur sehr vereinzelt und gewiß nicht in genügender Weise sich vorfinden.

Mit Rücksicht auf die angeführten Thatfachen stelle ich daher folgende Interpellation:

Ist der geehrte Herr Bürgermeister geneigt, bei der k. k. Postdirection Schritte zu unternehmen zu dem Zwecke, damit den gedachten Bezirksteilen in postalischer Beziehung Rechnung getragen, auch auf eine modern großstädtische Umgestaltung der erwähnten alten Landpoststellen Bedacht genommen und auf der Gürtelstraße, insbesondere auch am Sechshäusergürtel eine entsprechende Anzahl von Briefsammelkästen angebracht werden?

Bürgermeister: Ich werde die Ehre haben, diese Interpellation in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dohm (liest):

15. Interpellation des Gem.-Rathes Schlögl:

Stelle an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage,

ob er nicht geneigt wäre, die Demolierung des alten Schulgebäudes Ecke der Prinz Karl- und Reindorfstraße vornehmen zu lassen und den dadurch geschaffenen freien Raum zur Erweiterung des jetzt bestehenden Kirchenplatzes zu verwenden, um dadurch die vielen gerechten Klagen endlich verstummen zu lassen?

So oft nämlich ein Leichenbegängnis oder sonst eine kirchliche Feierlichkeit in obgenannter Kirche abgehalten wird, findet eine Verkehrshinderung statt und der Fußgänger ist genöthigt, sich seinen Weg durch die aufgesammelte Menschenmenge zu bahnen.

Auch gehört es gewiß nicht zu den Annehmlichkeiten der umliegenden Geschäftsleute, Leichenwagen längere Zeit vor ihren Geschäftslocalen stehen zu haben. Ich stelle daher die gewiß sehr dringende Interpellation auf Abschaffung dieser Uebelstände.

Bürgermeister: Ich werde diese Anregung dem Magistrate zur Erledigung zuweisen, eventuell eine Vorlage an den Gemeinderath erstatten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):**16. Interpellation des Gem.-Rathes Jedlička:**

Ein Tischlermeister im VI. Bezirke in der Mollardgasse Nr. 70 war, nachdem ihm die Lehrlinge den Gehorsam verweigerten, gezwungen, dieselben zu entlassen.

Die streikenden Lehrlinge wurden bis zur Austragung dieser Angelegenheit im Verein „Lehrlingsheim“ verpflegt und es entstanden aus diesem Grunde Verpflegskosten im Betrage von 10 fl. 46 kr.

Der Tischlermeister erhielt vom magistratischen Bezirksamte für den VI. Bezirk unterm 19. Jänner 1895 als Anhang zu dem dortamtlichen Decrete vom 31. December 1894, Z. 32254, einen Auftrag, laut welchem er diese Summe von 10 fl. 46 kr. nach Rechtskraft des citierten Erkenntnisses bei der dortamtlichen Hauptcassa-Abtheilung unverzüglich zu erlegen habe, widrigens dieselbe executiv eingehoben werden würde.

Da mir der Vorgang des magistratischen Bezirksamtes nicht ganz klar erscheint, erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister folgende Anfragen zu richten:

1. Ist der Verein „Lehrlingsheim“ eine durch irgendein Gesetz anerkannte Genossenschaft? Und wenn ja, seit welcher Zeit?

2. Seit wann ist der Magistrat, der ohnehin mit Arbeiten im übertragenen Wirkungskreise überbürdet ist, verpflichtet, für private Vereine ihre geschäftlichen Außenstände executiv einzutreiben?

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen. Ich bin aber nur insofern in der Lage, den Gegenstand hier zu beantworten, als die Angelegenheit nicht in den Wirkungskreis des Magistrates als Gewerbebehörde gehört. (Gem.-Rath Jedlička: Ich habe das Decret gelesen!) Ich werde mich darnach halten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):**17. Interpellation des Gem.-Rathes Sagner:**

Bei den am Wiener Rindermärkte befindlichen Wagen herrschen derzeit Zustände, die jeden Thierfreund empören müssen und denen bei eintigen guten Willen doch so leicht abzuhelfen wäre.

Zu den zu diesen Wagen führenden, abgetheilten Ständen stehen an jedem Markttage vom frühen Morgen angefangen große Stiere, theils angehängt, theils auch gar nicht besorgt, aufschütteleos herum. Wenn nun das Abwägen der Rinder beginnt, so werden die letzteren durch diese Stände hindurchgetrieben, wobei die schon in den Ständen befindlichen Thiere von den nachkommenden — die von ihren Treibern in der unbarmerzigsten Weise mit Stockhieben bearbeitet werden — von allen Seiten Hörnerstöße und Pässe empfangen, so daß sie vor Schmerz laut aufbrüllen; der das einmal mit angeschaut hat, der wird bestätigen, daß ein solcher Rummel jeder Beschreibung spottet.

Es ist also nur Abhilfe möglich, wenn kein anderes Vieh, als das eben zur Abwaage kommende, weder in den betreffenden Ständen vor oder nach der Waage geduldet wird, indem daselbst die ganze Zeit kein Marktorgan sichtbar ist.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Sind ihm diese Übelstände gelegentlich seines Besuches am 26. November vorigen Jahres zu Augen gekommen?

Wenn nicht, gedenkt der Herr Bürgermeister eine strenge Untersuchung einzuleiten und diese Übelstände unverzüglich abzustellen?

Bürgermeister: Ich betrachte diese Interpellation als eine Anzeige; ich werde über diesen Gegenstand Erhebungen pflegen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):**18. Interpellation des Gem.-Rathes Steiner:**

Dem Vernehmen nach wird von mehreren Wiener Brauereien das sogenannte Abzugbier (Hört! Hört! links) ohne jeden Beisatz von Hopfen oder Malz hergestellt. Nachdem der Preis dieses Bieres im Großhandel sowohl, als auch im Kleinvertriebe ein verhältnismäßig hoher ist und die ärmere Bevölkerung, in der Meinung, ein nahrhaftes Lebensmittel zu genießen, dieses Bier konsumiert, andererseits aber die Zusammensetzung des in Rede stehenden Getränks mit geringen Kosten für die Brauereien verbunden ist, die Qualität desselben in Bezug auf die hygienischen Anforderungen aber eine sehr fragliche ist, stelle ich die Anfrage:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dem Marktcommissariate den Auftrag zu ertheilen, sofort die geeignete Untersuchung in Bezug auf die Qualität der in den Wiener Brauereien erzeugten Abzugbiere, eventuell im Einvernehmen mit dem Stadtphysikate und der

Lebensmittel-Versuchsstation des Apotheker-Gremiums durchzuführen und eventuell die Strafamtshandlung gegen die Schuldigen einzuleiten und den Verschleiß des Bieres, wenn sich dasselbe als gesundheitschädlich ergeben sollte, zu inhibieren?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, über das Resultat der Untersuchung und über die Qualität des Abzugbieres mit genauer Angabe der Bestandtheile, sowie über den Herstellungspreis desselben dem Gemeinderathe binnen vier Wochen zu berichten?

Bürgermeister: Ich bin nicht in der Lage zu beurtheilen, ob die in dieser Interpellation angegebene Thatsache der Wirklichkeit entspricht oder nicht. Ich werde die Aufmerksamkeit des Stadtphysikates auf diesen Gegenstand lenken und eventuell darüber berichten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):**19. Antrag des Gem.-Rathes Schuch und Genossen —**

Gem.-Rath Schuch (zur Geschäftsordnung): Im Interesse der Wichtigkeit meines Antrages für den Gemeinderath erlaube ich um die vollinhaltliche Verlesung.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Schuch hat einen ausführlichen Antrag, betreffend die Änderung gewisser Bestimmungen des Wiener Gemeindestatutes mit einer ausführlichen Begründung eingebracht; er stellt nunmehr den Antrag, es möge auch die ganze Begründung des Antrages verlesen werden.

Ich bitte also diejenigen Herren, die mit der vollständigen Verlesung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. Angenommen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (verliest im vollen Wortlaut den nachstehenden Antrag):

Das Gesetz vom 19. December 1890, betreffend die Erweiterung des Gemeindegebietes von Wien und Erlassung eines neuen Statutes, welches unter dem selbigen Bürgermeister Dr. J. N. Piry ausgearbeitet und sowohl von der Majorität des löblichen Gemeinderathes als auch jener des hohen niederösterreichischen Landtages angenommen und von Sr. Majestät sanctioniert wurde, sollte dem Zwecke dienen, durch die Vereinigung der Vororte mit Wien unserer Stadt einen neuen Impuls großstädtischen Lebens zu verschaffen, zugleich aber auch in der Verwaltung der Gemeinde ein schnelleres Tempo in den Beratungen und Beschlußfassungen herbeizuführen, sowie eine Erleichterung in der geschäftlichen Thätigkeit des Gemeinderathes zu erwirken.

Die Güte und Zweckmäßigkeit eines Gesetzes kann erst durch seine praktische Anwendung und Wirksamkeit erprobt werden. Es ist daher auch bei dem Gesetze, welches für Wien, der Residenz des Kaisers und Hauptstadt des Reiches, geschaffen wurde, um dieser Stadt eine neue Organisation zu geben, von größter Bedeutung, an der Hand der bisher gemachten Erfahrungen festzustellen, inwieweit sich dasselbe bewährt hat, und sofern Schäden des Gesetzes zutage treten und Wurzel gefaßt haben sollten, dieselben heftens zu beseitigen.

Ohne auf die heutigen trüben Verhältnisse im Wiener Gemeinderathe einzugehen und die Intentionen jener Partei, welche das neue Wiener Gemeindestatut geschaffen hat, zu kritisieren, so ist doch soviel sicher, daß es nicht in der Absicht und dem Sinne der gesetzgebenden Factoren gelegen sein konnte, den Gemeinderath förmlich lahm zu legen, seine Thätigkeit auf ein Minimum zu beschränken und ihn von der Verwaltung der Gemeinde Wien nahezu auszuschließen.

Thatsächlich kann aber die Stellung, welche der Gemeinderath der Stadt Wien in der Anwendung des bestehenden Statutes bekleidet, nicht anders gekennzeichnet werden.

Von den in den Gemeinderath berufenen 138 Vertretern der Stadt Wien sind es eigentlich nur jene 23 in den Stadtrath gewählten Mitglieder, welche die Verwaltung der Stadt führen. Sie sind es ja, welche alle Agenden der Gemeinde beraten, und größtentheils darüber auch selbständig beschließen, während alle anderen Mitglieder des Gemeinderathes im Grunde genommen von jeder selbständigen Thätigkeit ausgeschlossen sind, da sie an den Beratungen des Stadtrathes nicht einmal als Zuhörer theilnehmen, sich über die Verhandlungsgegenstände nicht direct informieren können, und in den wenigen Angelegenheiten, die dem Gemeinderathe vorbehalten sind, und über das, was der Stadtrath berichtet und beantragt, ihre Stimmen abgeben können.

Anstatt daß nun jeder Mandatsträger, der bei Übernahme seines Mandates eingegangenen Verpflichtung gemäß, in der Lage wäre, seine Kenntnisse und Erfahrungen der Gemeinde zur Verfügung zu stellen, sehen wir, daß das neue Gemeindestatut ihm eigentlich jede unmittelbare Einschaltung in die Gemeindeangelegenheiten verneht, sein Wirken lahm legt und seine Thätigkeit in den wenigen dem Gemeinderathe vorbehaltenen Agenden auf die bloße Annahme oder Ablehnung der Stadtraths-Anträge beschränkt, ja er ist der Gefahr ausgesetzt, für etwas einsehen zu müssen, worüber er sich nicht

genau informieren konnte, und er trägt die Verantwortung für jene Mitglieder, die in den Stadtrath gewählt wurden, ohne sich überzeugen zu können, welche Thätigkeit dieselben im Interesse der Stadt entwickeln, da er weder an ihren Beratungen theilnehmen, noch auch selbst seine Anträge erläutern oder auf deren Erledigung durch den Stadtrath Einfluß nehmen kann.

Dass dieser Zustand im Interesse unserer Stadt nicht bleiben kann, muß jeder einsehen, der Liebe für unsere Vaterstadt hat, und es liegt daher im Interesse und im Sinne der Bevölkerung, wenn die Forderung erhoben wird, daß gegen diesen Zustand Abhilfe durch Abänderung des Gemeindefstatutes geschaffen werde.

Es kann dagegen nicht eingewendet werden, daß das „Amtsblatt“ in jeder Hinsicht über die Thätigkeit des Stadtrathes Aufschluß gebe; denn im „Amtsblatte“ ist nicht ersichtlich gemacht, wie viele Mitglieder bei den Beratungen anwesend waren, wann sie in der Sitzung erschienen, wann sie sich wieder entfernten, wie die Debatte statgefunden hat, ob alle Behelfe herbeigeschafft und alle notwendigen Erhebungen gepflogen, überhaupt, ob in gewöhnlichster Weise vorgegangen wurde.

Soll es ja doch vorgekommen sein, daß Mitglieder des Stadtrathes, um in der Präsenzliste zu erscheinen, gerade vor Schluß der Sitzung erschienen oder nach der Einzzeichnung sich wieder entfernten, ja daß Stadtraths-Sitzungen oft sogar nicht beschlußfähig gewesen sein sollen.

Jedenfalls können sich solche Fälle leicht ereignen.

Es ist sonach jede Controle des Stadtrathes unmöglich, und läßt infolgedessen auch die Thätigkeit desselben an und für sich vieles zu wünschen übrig; so wurde von Mitgliedern desselben in öffentlicher Gemeinderaths-Sitzung selbst angegeben, daß hundert von Zuständigkeits-Verleihungen ohne Verlesung der Namen, ohne jede weitere Einsichtnahme in die Acten debattelos vorgenommen werden; auch sollen andere für die Stadt oft wichtige Referate ohne weitere Prüfung seitens des Referenten zur Berathung gelangt sein.

Es lag nun aber gewiß nicht im Sinne der gesetzgebenden Factoren, die Agenden der Stadt Wien auf solche Art behandelt zu wissen.

Ist sonach der Stadtrath in seiner jetzigen Art nicht geeignet, den Interessen der Stadt entsprechend zu dienen, ist derselbe nicht einmal in stande, die ihm zugewiesenen Berathungsgegenstände aufzuarbeiten, um wieviel schwerer muß es von jedem, der dem Stadtrathe nicht angehört, empfunden werden, durch diesen Stadtrath selbst von jeder eigenen selbstständigen Thätigkeit und Wirksamkeit für die Gemeinde ausgeschlossen zu sein. Ist es unter diesen Umständen zu wundern, wenn Mißmuth im Gemeinderathe, und zwar nicht bloß in den Reihen der Opposition, einreißt und fast in allen großen und bedeutenden Fragen die Verwaltung der Gemeinde zu keinem erproblichen Ziele zu gelangen vermag?

Heute dominiert der Stadtrath, ohne aber auch eine dieser Stellung entsprechende Wirksamkeit zu entfalten. Der Gemeinderath spielt eine unwürdige und traurige untergeordnete Rolle und bedarf einer gründlichen Emancipation von der Herrschaft des Stadtrathes.

Kann die Abhängigkeit und Unselbstständigkeit des Gemeinderathes gegenüber dem Stadtrathe und die dadurch bedingte Unmöglichkeit der Lösung aller größeren Fragen drastischer geschildert werden als dadurch, daß seit Jahren im Schoße des Stadtrathes zahlreiche wichtige Anträge von Mitgliedern des Gemeinderathes unerledigt ruhen?

Man denke nur, daß die wichtigsten Anträge von Collegien über die Approvisionierung von Wien, die Reorganisation des Marktwesens und die Vorkehrungen gegen die Vertheuerung der Fleischpreise seit Jahren unerledigt sind. Auch die Referate über die Anträge wegen Erwirkung eines Expropriationsgesetzes zu Straßenerweiterungszwecken und wegen der Reform der Armenpflege sind seit langem ausstehend.

Auch die Anträge, welche dem Stadtrathe in Betreff der Errichtung von Altersversorgungscassen für verarmte Geschäftsleute, dann wegen Abänderung der Bauordnung und Verbesserung der Straßenpflege und Canalisation, sowie wegen der Errichtung einer communalen Sparcassa für sämtliche Bezirke, einer communalen Brandschaden-Versicherung und Pflandbankanstalt vorgelegt wurden, und so viele andere wichtige Anträge schlummern in den Archiven des Stadtrathes.

Der Stadtrath wäre nach dem bestehenden Gemeindefstatute in erster Linie berufen, dem Gemeinderathe geeignete Vorschläge über alle, das Gemeinwohl betreffende Fragen zu unterbreiten.

Was hat nun der Stadtrath in dieser Beziehung trotz des nun bereits mehr als vierjährigen Bestandes des neuen Gemeindefstatutes und vielfeitiger, wiederholter Interpellationen geleistet?

Wir sehen, daß die Gewerbetreibenden nach wie vor bei der Einhebung der Verzehrststeuer für die der Vernichtung zugeführten Schlachtthiere geschädigt werden, ohne daß der Stadtrath irgendwelche Anträge zur Abhilfe gestellt hätte. Ebenso ist in der Kehrfrage und in anderen hochwichtigen Sanitätsfragen nichts geschehen.

Leider muß auch constatirt werden, daß der Stadtrath noch nicht Zeit fand, sich unserer Jugend anzunehmen und geeignete Anträge wegen Herstellung von passenden Kinderspielflächen und Errichtung von communalen Kindergärten und Kinderbewahranstalten zu stellen.

Feinlich muß es auch berühren, wenn man sieht, wie noch immer die Bauordnung gehandhabt wird, wie es nämlich noch immer gestattet wird, die arme Bevölkerung in Kellern wohnen zu lassen und Häuser mit fünf und sechs Stöcken zu bauen, wodurch die Gesundheit so vieler geopfert und das Siedethum so vieler Kinder gefördert wird, ohne daß der Stadtrath sich trotz vorliegender Anträge veranlaßt fand, die entsprechenden Reformen anzustreben.

Auch die Tramwaymisere und die damit verbundene scandalöse Beförderung des Publicums, wie in solcher Art in keiner Stadt der Welt, wird immer

ärger, während doch der Stadtrath in erster Linie berufen wäre, diese Frage endlich zu einer geordneten Lösung zu bringen.

Man kann somit sagen, daß die Thätigkeit des Stadtrathes hauptsächlich eine negative ist. Aber auch dort, wo er positiv thätig ist, hat er sich noch keinen Ruhm erworben, das zeigen beispielsweise seine Anträge, betreffend das Verzeichniß der Häuser für die 18jährige Steuerfreiheit, indem dort Häuser aufgenommen wurden, die in der Paulinie stehen u. s. w.

So erweist sich denn der Stadtrath in seiner jetzigen Art als ein wahrer Hemmschuh jeder geordneten Entwicklung unserer Stadt, und es ist an der Zeit, daß hiegegen durch zweckentsprechende Änderung des Gemeindefstatutes Abhilfe getroffen werde.

Deshalb wird beantragt:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

1. Es sei die Institution des Stadtrathes in seiner jetzigen Art aufzuheben und eine entsprechende Reform dieser Institution, insbesondere die Vertheilung des Wirkungskreises des Gemeinderathes und Stadtrathes und des Verhältnisses derselben zu einander im Gesetzgebungswege anzustreben.

2. Es sei ein Comité von 12 Mitgliedern des Gemeinderathes zu wählen, welches die entsprechenden Reformvorschlüsse auszuarbeiten und dem Gemeinderathe vorzulegen hat.

3. Der Stadtrath werde auf jeden Fall als unentgeltliches Ehrenamt erklärt.

4. Der Stadtrath hat über diese vorstehenden Anträge binnen vier Wochen Bericht zu erstatten.

Bürgermeister: Zunächst kommt die Behandlung des Antrages 4, daß diese Angelegenheit dem Stadtrathe zur Vorberathung zugewiesen werde.

Die Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschlecht. — Nach einer Pause:) Majorität; angenommen. (Zwischenrufe.)

Ich bitte, diese Anträge können nicht im Handumdrehen erledigt werden. Das beweist die Begründung des Antrages von selbst.

Wann alle diese Wünsche in Erfüllung gebracht werden könnten, so wie es sich der Herr Antragsteller vorstellt, so hätten wir auf dieser Welt und in dieser Stadt geradezu ein Paradies. Ich glaube nicht, daß es irgendjemanden geben wird, der das alles zur Ausführung bringen könnte. (Zwischenrufe links.) Ich bitte, Sie können sich alles denken, aber nicht so laut rufen.

Ich bitte fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

20. Antrag des Gem.-Rathes Signer und Genossen:

Am Wiener Central-Viehmarkte herrschen derzeit Verhältnisse, welche dringend einer Abhilfe bedürfen.

Von den am Rindermarkte beschäftigten Treibern sind in letzterer Zeit Wiener Fleischhauer um das Geld zur Versteuerung der von ihnen gekauften Thiere gebracht worden, indem ein Treiber mit der Steuer für 21 Ochsen im Betrage von über 190 fl. einfach verschwand und verschwinden konnte, weil die Marktbehörde nur eine unzureichende Controle über diese Leute führt, und in einem anderen derartigen Falle geht das betreffende Individuum heute noch, trotz erfolgter Anzeige und trotz Betreffender vom k. k. Bezirksgerichte im XVII. Bezirke wegen Veruntreuung zu fünf Tagen strengen Arrestes und Ersatz des unterschlagenen Betrages verurtheilt worden ist, unbehelligt am Markte herum.

Ich stelle daher den Antrag:

Der Magistrat werde beauftragt, diejem Treiberunwesen ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, eine strenge Controle der Viehtreiber einzuführen, dieselben äußerlich durch eine Kappe, Armbinde oder dergleichen zu kennzeichnen, unredliche Individuen sofort abzuschaffen und einen Vorschlag in der Richtung zu erstatten, ob es nicht angezeigt wäre, die Steuerbeträge von einem städtischen Beamten von den Marktparteien in Empfang zu nehmen und abzuführen, dann mit der Steuerbolette in der Hand von dem städtischen Marktdiener in Begleitung der versteuerten Thiere bis

zur Finanz-Austrittsexpositur daselbst abführen zu lassen. Das wäre mit keinen großen Unkosten verbunden und wären die Fleischauger, die ohnehin schwer unter den heutigen Geschäftsverhältnissen zu leiden haben, vor empfindlichem Schaden bewahrt.

Anliegend mehrere Unterschriften von beschädigten Fleischaugern.

(Folgen die Unterschriften mit nachstehendem Vermerk:)

Obige Unterschriften sind von in jüngster Zeit geschädigten Marktparteien, die sich noch durch viele auf solche Art Beschädigte vermehren ließen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

21. Antrag des Gem.-Rathes Signer und Genossen:

Nachdem die Unterhandlungen mit der Dampftramway vormals Krauß & Comp. in Betreff der Verlängerung ihrer Linie nach Orth zum Zwecke der Rehrichtverführung bisher noch nicht zum gewünschten Ziele geführt haben, so beantrage ich,

daß auch mit der Staatsbahn und Aspangbahn Unterhandlungen eingeleitet werden zu dem Zwecke, daß die Linie nach Stadlau, Gerasdorf beziehungsweise Wolkersdorf, und jene nach Stadlau, beziehungsweise Raasdorf, Siebenbrunn, sowie auch vom Aspangbahnhof nach Trumau beziehungsweise Tattendorf zum Rehrichttransport benützt werden können. Hierbei wäre in Wien an einer der nachstehenden Stellen eine Rehrichtverladestation zu errichten:

1. am linksseitigen Ufer des Donaucanals, dort, wo die zum Erdberger Gaswerke führende Schleppbahn abzweigt, oder
2. hinter dem Central-Viehmarkte an dem dortigen Schleppgeleise, oder
3. am Staatsbahnhofe selbst, in dem an der Simmeringerstraße gelegenen Theile desselben, und
4. am Aspangbahnhofe am Wiener-Neustädter Canal.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

22. Antrag des Gem.-Rathes Köhrl:

Die Kreuzungsstelle zwischen der Gürtelstraße im XV. Bezirke einerseits, sowie der Sechshäuser Hauptstraße und der Gumpendorferstraße andererseits erfreut sich einer überaus lebhaften Frequenz, welche gewiß auch eine entsprechende Beleuchtung dieses Straßentheiles nicht nur als nützlich und zweckdienlich, sondern geradezu behufs Verhütung von Unglücksfällen als geboten erscheinen läßt. Ich stelle daher folgenden Antrag:

daß der an gedachter Stelle, und zwar jener auf der Fünfhäuser Seite, befindliche Candelaber mit einer halbnächtigen Flamme aufgelassen und an dessen Stelle ein Candelaber mit einem Intensivbrenner angebracht werden möge, und zwar hat die vollständige Beleuchtung dieses Platzes ganznächtlich zu geschehen.

Bürgermeister: Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

23. Antrag des Gem.-Rathes Steiner:

Durch die Aushebung der offenen Arbeitscunette für den Bachcanal, sowie durch die im Vorjahre vorgenommene Auswechslung und Legung des Rohstranges für die Gas- beziehungsweise Wasserleitung wurde in dem Theile der Billrothstraße vom Fischenberg bis zum alten Döblinger Drafshofe der Straßenunterbau entfernt, wodurch die chauffemäßige Erneuerung der Straße nothwendig gemacht worden ist.

Da schon von der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling die Niveau-Regulierung am sogenannten Hirschenberg in Aussicht genommen und im Bezirksausschuße des XIX. Bezirkes diese Regulierung seit der Einverleibung mit Wien alljährlich in den Voranschlag aufgenommen wird, die in Rede stehende Regulierung aber eine unerlässliche Vorbedingung für die Herstellung der Tramwaylinien nach Sievering und Grinzing bildet und jetzt ohne besondere Verkehrsstörungen mit verhältnismäßig geringen Mitteln durchgeführt werden könnte, stelle ich den Antrag:

Es sei die Regulierung des Niveaus in der Hirschengasse (jetzt Billrothstraße) in Döbling vom sogenannten Hirschenhause bis zur Krümmung der Straßen nach Sievering und Grinzing

ungefäumt in Angriff zu nehmen und die bezüglich Arbeit zugleich mit der bei Übersekung der Billrothstraße durch die Stadtbahn stattfindenden Neuanlage der Straßenkörper durchzuführen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

24. Antrag des Gem.-Rathes Sauerborn:

Die Himbergerstraße ist von der früheren Gemeindegrenze bis zur neuen Verzehrungssteuerlinie, einer Strecke von 1.5 km, gar nicht beleuchtet.

Wie dringend nothwendig aber die Beleuchtung dieser Strecke ist, hat sich bei dem letzten großen Schneefalle, wo die Straße zum größten Theile verweht war, in der bedauerlichsten Weise ergeben, da infolge der Finsternis eine Anzahl von Fuhrwerken verunglückt sind.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen:

Es sei die Himbergerstraße von der ehemaligen Gemeindegrenze bis zur neuen Verzehrungssteuerlinie entsprechend mit Gas zu beleuchten.

Bürgermeister: Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung an den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

25. Antrag des Gem.-Rathes Jedlička:

Der fleischhafte Gewerbestand, sowie der reelle Handelsstand Wiens leidet unendlich unter dem Uebel, genannt „Hausierhandel“, und wurde diesem Umstande in unzähligen Petitionen und Resolutionen Ausdruck gegeben.

Das Tischlergewerbe z. B. leidet unter der Concurrenz der im mährisch-ungarischen Grenzgebiete im Winter massenhaft erzeugten Gartenmöbeln, Tischen und Sesseln, welche im Frühjahr in Wien wagenweise veräußert werden. Der Binder leidet unter der Concurrenz der in denselben Gegenden erzeugten massenhaft eingeführten und im Hausierwege abgesetzten Binderwaren; das Spenglergewerbe leidet unter der Concurrenz der durch die Drahtbinder veräußerten Blechwaren, der Siebmacher und der Drahtflechter leidet unter derselben; das Wirtsgewerbe durch das Verhaufieren der Flaschenbiere und Flaschenweine, das Gewerbe der Optiker, der Pfaidler, der Zuderbäder, die Geschäfte der Papierhändler zc. zc. leiden alle darunter.

Die fleischhaften Gewerbetreibenden und realen Kaufleute zahlen enorme Mietzinse und Steuern, müssen warten, bis die Kunden in ihre Gewölbe oder Geschäfte kommen, und die Hausierer überschwemmen die ganze Stadt und bringen mit ihren Hausierwaren bis in die höchsten Stockwerke der Häuser und ruinieren die an eine feste Betriebsstätte gebundenen Geschäftskreise.

Sämmtliche Gewerbetage und Gewerbecongreffe befaßten sich mit dieser Frage und faßten diesbezügliche Beschlüsse, welche alle ohne Ausnahme dahin giengen, den Hausierhandel gänzlich abzuschaffen.

Die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer befaßte sich ebenfalls mit dieser Frage, berief zum Zwecke eines gründlichen Studiums eine Enquete und beschloß nach Beurtheilung der gesammelten Daten mit großer Mehrheit, für die Abschaffung des Hausierhandels einzutreten.

Es wurde in diesem Sinne ein Elaborat ausgearbeitet und dem hohen Reichsrathe unterbreitet, aber alles vergebens.

Dieses Elaborat liegt seit dem Jahre 1888 im Archive des Reichsrathes und ist noch nicht das geringste geschehen, was auf eine Aenderung der so traurigen Verhältnisse des Gewerbe- und des Handelsstandes hindeuten würde. Von der Legislative ist in dieser Sache noch gar nichts geschehen.

Unter dem Drucke des Hausierhandels leiden, ebenso wie die Stadt Wien, auch andere Städte.

Die Nothwendigkeit der Abschaffung des Hausierhandels wurde auch von der Vertretung der Landeshauptstadt Graz anerkannt, und nachdem man dort sah, daß man auf eine Abhilfe von Seite der Gesetzgebung in absehbarer Zeit nicht rechnen kann, faßte der Gemeinderath der Landeshauptstadt Graz im Jahre 1894 den Beschluß, die Stadt Graz für den Hausierhandel als gesperrt zu erklären.

Durch diesen Beschluß hat der Gemeinderath der Stadt Graz gezeigt, daß er aufrichtig bestrebt ist, den realen Handels- und Gewerbestand zu schützen, und daß er sich nicht scheut, für die Interessen seiner fleischhaften Einwohner auf diese Art einzutreten.

Die Verhältnisse im Handels- wie im Gewerbebestande werden von Tag zu Tag schlechter, und nachdem auch jetzt noch nicht die geringsten Aussichten vorhanden sind, daß es überhaupt jemandes Ernst ist, diese Frage einer günstigen Lösung zuzuführen, stelle ich folgenden Antrag:

Der Gemeinderath beschließe:

Die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ist für den Hausierhandel als gesperrt erklärt.

Damit wird auch der Gemeinderath von Wien zeigen, daß er den realen Handel- und Gewerbestand erhalten will.

Bürgermeister: Wird dem Magistrate zur Vorberathung zugewiesen. Wir kommen zur Tagesordnung.

Zum Referate erlaube ich Herrn Gem.-Rath Boschan.

26. (7 ex 1895.) Referent Gem.-Rath Boschan: Ich habe die Ehre, ad B. 7 ex 1895 Bericht zu erstatten. Die geehrten

Herrn werden sich erinnern, daß bei Gelegenheit der Beschlußfassung über die Emission unseres 35-Millionen-Anlehens die Größe der Appoints der einzelnen Obligationen vom Gemeinderathe festgesetzt wurde.

Die Herren werden sich auch zu erinnern wissen, daß ich seinerzeit vom Referententische die Herren gebeten habe, auf die Anträge, welche hier gestellt wurden und welche dahin giengen, die Zahl der Appoints möglichst groß und die Höhe der Abschnitte möglichst klein zu machen, nicht einzugehen, weil, wie ich damals sagte, die Erfahrung zeigen wird, daß das Publicum die größeren Appoints bevorzugen wird. Nachdem die erste Emission ausgegeben war, nachdem weiters eine Million unserem sogenannten eisernen Reservefonde zugewiesen und ein weiterer Betrag von einer Million zur Zahlung der Grundentschädigung an den Grafen Hohenlohe verwendet worden war, verblieben in der städtischen Hauptcassa als unbegebener Theil des Anlehens folgende Stücke: 45.050 Stück à 100 Kronen — im ganzen waren 50.000 Stück emittiert worden. 19.000 Stück à 200 Kronen, 4288 Stück à 500 Kronen, und von den größeren Appoints waren nur vorhanden 6 Stück à 1000 Kronen und 9 Stück à 5000 Kronen. Es hat sich nun gezeigt, daß, wenn man zu weiteren Begebungen schreiten will, von den Abnehmern geradezu die Bedingung gestellt wird, keine zu kleinen Appoints zu empfangen, weil dieselben im Publicum nicht gerne genommen werden.

Es ist dies auch begreiflich; das kleine Publicum zieht es vor, seine Ersparnisse in die Sparcassa zu geben, und die größeren Gelbbesitzer finden es unbequem, so große Pakete Obligationen zu haben, die Coupons abschneiden und, was auch in Betracht kommt, bei jeder Verlosung die Nummern genau durchsehen zu müssen, ob nicht eine gezogene Nummer darin enthalten ist. Aus diesem Grunde wurde von Seite des Herrn Bürgermeister die Anregung gegeben, einen Theil der noch unbegebenen Stücke einzuziehen, d. h. sie nicht in Umlauf zu setzen, und an deren Stelle größere Appoints zu setzen. Die Kosten des Umdruckes beziehungsweise dieser Zusammenlegung sind verhältnismäßig unbedeutend und verschwinden dagegen, daß wir möglicherweise diese kleinen Appoints um einen etwas geringeren Cours, sagen wir um $\frac{1}{2}$ Percent billiger begeben müßten. Das würde fünf- bis sechsmal so viel ausmachen, als die verhältnismäßig kleinen Kosten des Neudruckes. Es wird daher der Antrag gestellt (liest):

Es seien von den bisher emittierten Schuldverschreibungen

1. 40.000 Stück Schuldverschreibungen à 100 Kronen, 15.000 Stück à 200 Kronen und 5000 Stück à 500 Kronen in 1000 Stück à 5000 Kronen und 4500 Stück à 1000 Kronen, welche den gleichen Betrag von neunehnhalf Millionen Kronen ausmachten, zusammenzulegen, wobei der Vorrath an Obligationenblanketten zu verwenden und der erforderliche Mehrbedarf bei der Neufiedler Papierfabrik nachzubestellen sein wird;

2. es sei an den n.ö. Landtag eine Eingabe zu richten, in welcher um Abänderung des Landesgesetzes vom 9. September 1893, L.-G.-Bl. Nr. 49, in dem Sinne gebeten wird, daß folgende Appoints genehmigt werden:

| | | |
|---------------------------|---|------------------|
| 10.000 Stück à 100 Kronen | = | 1.000.000 Kronen |
| 10.000 „ à 200 „ | = | 2.000.000 „ |
| 5.000 „ à 500 „ | = | 2.500.000 „ |
| 14.500 „ à 1.000 „ | = | 14.500.000 „ |
| 3.000 „ à 5.000 „ | = | 15.000.000 „ |

Summa . 35.000.000 Kronen

3. nach erfolgter Änderung des genannten Landesgesetzes hat der Stadtrath die Drucklegung der neuen zusammengelegten Titres zu veranlassen;

4. die zur Einziehung bestimmten Titres sind nach Fertigstellung der neuen Obligationen durchzuschlagen und zu vernichten.

Bei dem Umstande, als zu dieser Beschlußfassung ein Landesgesetz nothwendig und im Laufe dieses oder des nächsten Jahres es jedenfalls nothwendig sein wird, behufs Fortführung der Arbeiten zur Erweiterung der Wasserleitung eine neue Summe aus diesem Anlehen zu begeben, erlaubt sich der Stadtrath zu bitten, diesem Antrage die Zustimmung zu geben.

Gem.-Rath Sawranek: Ich bin mit dieser Änderung nicht einverstanden. Es hat ja geheissen, daß das Anlehen schon weit überzeichnet ist. Ich kann nicht begreifen, daß noch so viele Papiere vorhanden sind, wenn schon um so viel überzeichnet ist.

Bürgermeister (unterbrechend): Es wurde ja nur ein Theil von 22 Millionen begeben, es wurden aber 35 Millionen durch das Landesgesetz genehmigt.

Gem.-Rath Sawranek (fortfahrend): Nun ja, aber jetzt ist alles da, und wir sollen wieder ein neues Landesgesetz bekommen. Da werden die im Landtage und auch wir hier wieder mit solchen Dingen beschäftigt. Die Obligationen sind fertig; jetzt sollen sie wieder vernichtet werden. Wozu diese Manipulationen? Da es bekannt ist, daß noch so viele da sind, so werden ja diese Obligationen begeben. Es ist gar nicht nothwendig, daß man die Sache ändert; es nehmen halt die kleinen Leute Antheil. Ich kann das nicht recht verstehen, warum man das ändern soll. Jetzt ist schon alles gedruckt und fertig und das soll nun vernichtet werden und wieder größere Obligationen begeben werden. Ich muß aufrichtig sagen, daß ich die Nothwendigkeit nicht einsehe, das zu ändern, und ich werde dagegen stimmen.

(Während vorstehenden Ausführungen hat Vice-Bürgermeister Magenaue den Vorsitz übernommen.)

Bürgermeister: Der Herr Vorredner hätte sich einen Theil seiner Einwendungen erspart, wenn er die Güte gehabt hätte, dem Herrn Referenten mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Herr Referent hat genau auseinandergelegt, wie sich die Sache verhält.

Wie den Herren bekannt ist, hat der Gemeinderath seinerzeit beschlossen, ein Anlehen von 35 Millionen Kronen aufzunehmen. Dieser Beschluß wurde dann durch ein Landesgesetz bekräftigt und ist durchgeführt worden. Es ist aber weiter vom Gemeinderathe beschlossen worden, vorerst einen Theil dieses Anlehens im Wege einer öffentlichen Subscription zu begeben, nämlich jenen Theil, welcher nothwendig ist, um einen gewissen Theil der bereits aufgelaufenen Auslagen zu bestreiten. Jene Auslagen, welche erst in Zukunft auslaufen werden, werden erst in Zukunft aus dem noch vorhandenen Theile des Anlehens zu bestreiten sein. Es wurde nun, dem Wunsche des Gemeinderathes entsprechend, die öffentliche Subscription durchgeführt. Es war dies nicht ein absolut fester Beschluß, es war kein Auftrag, sondern nur ein Wunsch. Es hat sich nun bei der Durchführung der Subscription gezeigt, daß das gesammte zeichnende Publicum, die Banken sowohl, als das Privatpublicum, den Wunsch ausgesprochen hat, gewisse, nicht zu kleine Appoints zu bekommen. Den Herren ist ja bekannt, daß bei diesen Zeichnungen solche unter 1000 oder unter 5000 Kronen wenig vorkommen. Das kleine Publicum, das 100 oder 200 Kronen nimmt, theilhaftig sich an den Zeichnungen nicht. Ich wiederhole,

dafs das gesammte zeichnende Publicum größere Appoints gewünscht hat, und wir mußten diesem Wunsche auch Rechnung tragen, weil ja sonst die Durchführung der Subscription Schwierigkeit gemacht hätte.

Es sind nun dem Wunsche des Publicums gemäß die Appoints hinausgegeben worden, und zwar der allergrößte Theil der großen Appoints, während uns die kleinen Appoints zurück geblieben sind. Wir haben, wie die Herren aus dem Vortrage des Herrn Referenten entnommen haben, 45.000 Stück zu 100 Kronen. Was sollen wir mit dieser Unmasse von ganz kleinen Appoints thun? Die bringen wir nicht an. Ich müßte geradezu bei der Begebung solcher Papiere einen Nachlaß bewilligen, weil die Manipulation mit diesem Papiere unbequemer ist. Wenn jemand sich 1000 Kronen kauft, so will er ein Appoint haben, will er damit nur einmal manipulieren, nur einen Coupon abschneiden; er will auch nicht durch die Verlosungen so oft geniert werden. Mit Rücksicht darauf ist es ein Gebot der Vorsicht, heute den Gemeinderath um die Ermächtigung zu ersuchen, diese Umänderung in den Appoints anzustreben und größere an Stelle der kleineren treten zu lassen.

Es bleibt noch immer eine ziemlich große Anzahl kleiner Appoints. Der Herr Referent wird die Güte haben, darauf hinzuweisen, dafs noch immer 4000 Stück à 100 Kronen und mehrere tausend à 200 Kronen — ich kann mich irren, der Herr Referent hat das im Acte und wird das richtigstellen — bleiben, wir haben noch immer eine große Anzahl, so dafs es möglich ist, den Wünschen des kleinen Publicums, des Arbeiters, der dienenden Personen, welche Appoints zu 100 oder 200 Kronen erwerben wollen, Rechnung zu tragen. Da wir aber eine ziemliche Anzahl von Millionen noch zu begeben haben, müssen wir auch auf die Wünsche des größeren Publicums, welches größere Appoints verlangt, Rücksicht nehmen; wenn wir das nicht thun, würden wir am Begebungscourse einen Verlust erleiden, welcher sehr leicht mehrere 100.000 fl. ausmachen kann.

Es ist der demokratischen Richtung und den demokratischen Wünschen bei der Begebung des Anlehens volle Rücksicht getragen worden, es wird das auch in Zukunft der Fall sein; es hat sich aber gezeigt, in welchem Maße das möglich ist. Aus diesen Erwägungen ergibt sich der Antrag, welchen der Stadtrath durch den Referenten stellt, und ich bitte, diese Anträge zu genehmigen.

Gem.-Rath Jedlicka: Ich hätte am allerwenigsten Ursache, über Papiere zu reden, die vielleicht als Capitalsanlage angekauft werden; aber bei dieser Gelegenheit kann ich nicht unterlassen, Ihnen meine Meinung zu sagen und zu erklären, dafs es mir wieder vorkommt, dafs man dieses Anlehen der Stadt Wien den kleinen Leuten nicht zugänglich machen will. Sie sehen ja aus den zusammengestellten Ziffern, es war früher beschlossen, dafs 50.000 Stück 100 Kronenscheine ausgegeben werden. Durch das genannte Landesgesetz sind bestimmt worden 50.000 zu 100 Kronen, 25.000 zu 200 Kronen, jetzt nur 10.000; 10.000 Antheilscheine à 500 Kronen, jetzt nur 5000; 10.000 zu 1000, die sind erhöht worden auf 14.500.

Früher waren von den großen Antheilscheinen 2000 zu 5000 Kronen, jetzt sind es 3000. Aus dem ganzen ersehe ich, dafs man für die Leute, die mit großen Geldern arbeiten, diese Papiere commodor machen will.

Ich gebe ja zu, dafs es dem Bankier, der unzählige Papiere zu Hause hat, commodor ist, mit größeren Papieren rechnen zu können. Aber damit ist der Zweck nicht erreicht. Der Commune

Wien schenkt das Publicum doch noch größeres Zutrauen als einer Bank, an deren Spitze sich vielleicht ein abgetrachter Baron stellt und bei der — ich weiß nicht — welche Geschichten getrieben werden. Wenn sich der kleine Mann 100 Kronen wird auf die Seite legen können, wird er Gelegenheit haben, sich das anzuschaffen, und er wird von der Commune, der er Steuer zahlt, auch quasi eine Rückvergütung in Form der Percente, die er erhält, bekommen. Nun sind die 100- und 200-Kronenscheine im Umlauf; die werden von den Bankhäusern nicht aufbewahrt, sondern dem Verkehre zugeführt, und es wird dem Wiener immer möglich sein, sich solche Scheine anzuschaffen. Solche Scheine werden aber nicht wie ganz gewöhnliche Wechselblankette gedruckt, sondern mit künstlerischer Ausstattung erzeugt. Wenn aber das Gesetz genehmigt wird, so werden sie wieder vernichtet. Es werden also Auslagen gemacht, die dann wieder verloren gehen, und das geschieht immer nur zum Nutzen und zur Commodität des Großcapitals. Übrigens weiß ich nicht, ob wir heute darüber beschließen können, denn ich weiß nicht, ob wir 92 sind. Es wird immer lamentiert, dafs wir gegen das Großcapital sind. Wir sind es nicht, aber wir verlangen, dafs, wenn die Commune Geld aufnimmt, wenigstens auch die Zinsen bei uns bleiben. Es sollen auch Leute, die kein Geld zu verlieren haben, Dienstboten oder Gehilfen, sich Papiere anschaffen können. Ich bin entschieden dagegen, dafs das einmal durch das Gesetz Angenommene umgeändert wird. Ich werde dagegen stimmen.

Bürgermeister: Meine Herren! Es werden Anschauungen geäußert, die ja mit den Verhältnissen gar nicht im Einklange stehen. Was der Herr Vorredner gesagt hat, beruht auf einem Mißverständnisse. (Zwischenrufe links und rechts: Es paßt halt nicht!) Für mich handelt es sich darum, die Sache so auszuführen, wie sie im Interesse der Gemeinde liegt, und das Interesse der Gemeinde zu wahren, ist meine Pflicht. (Beifall rechts. — Gem.-Rath Jedlicka: Das Interesse der Börse!)

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte, den Herrn Bürgermeister nicht zu unterbrechen, wenn er spricht. (Widerspruch links.) Ich bitte, sich den Anordnungen des Vorsitzenden zu fügen. (Beifall rechts.)

Bürgermeister (fortfahrend): Ich bin auch der Meinung, dafs bei diesem Gegenstande gar kein Anlaß zu einer Aufregung vorliegt; es handelt sich um eine ganz nüchterne Geldangelegenheit, bei der das Interesse der Gemeinde gewahrt werden soll. Ich möchte nun dem Herrn Vorredner ein Beispiel anführen, damit er sieht, wie die Sache steht. Ich bitte dabei den Herrn Referenten, mich eventuell zu berichtigen, weil ich die kleinen ziffermäßigen Details nicht im Kopfe haben kann. Der Gemeinderath hat 50.000 Appoints zu 100 Kronen beschlossen. Die bringen wir aber nicht an, weil wir so viele Leute, die 50.000 Appoints zu 100 Kronen, also ein Appoint zu 100 Kronen zeichnen, nicht finden, das heißt, sie haben sich eben bei der Subscription nicht gefunden, sie haben sich nicht gemeldet.

Wir mußten aber den Wünschen der Subscribenten Rechnung tragen und größere Appoints herausgeben. So sind von diesen 50.000 Appoints à 100 Kronen 5000 Stück hinausgegeben worden und 45.000 Stück sind geblieben. Nun denken Sie, welche Mühe und Zeit es kosten würde, um 45.000 Stück à 100 Kronen zu begeben. Nun wollen wir ja nicht alle 45.000 Stück einziehen oder annullieren, sondern, wie der Herr Referent beantragt, bloß 40.000 Stück, und 5000 Stück wollen wir ja noch weiter belassen. Das entspricht den weitestgehenden Bedürfnissen, wenn Sie berück-

sichtigen, meine Herren, daß ein großer Theil des kleinen sparenden Publicums, wie der Erfolg erwiesen hat, vorläufig nicht darauf ausgeht, Papiere, sei es nun des Staates oder anderer öffentlicher Körperschaften, zu nehmen. Dieses Publicum legt sein Geld lieber in die Sparcassa. Das ist bis zu einem gewissen Grade erklärlich, weil dieses Publicum in kleineren Beträgen einlegt und in kleineren Beträgen im Falle des Bedarfes aus der Sparcassa ausnimmt. Diese Leichtigkeit des Verkehrs ist auch bei Appoints von 100 Kronen schwierig. Der Mann oder die Frau, die solche Effecten besitzen und Geld brauchen, müssen in einem solchen Falle die Papiere verkaufen, das ist unangenehm, während bei der Sparcassa auch die kleinsten Beträge eingelegt und herausgenommen werden können. Das sind offenbar die Gründe, abgesehen davon, daß zur Sparcassa ein großes Vertrauen besteht, warum ein großer Theil des Publicums lieber ihr Geld in die Sparcassa legt, als in öffentlichen Papieren investiert. Das sind wieder andere Kreise der Bevölkerung, welche Papiere kaufen, und diesen Verhältnissen muß Rechnung getragen werden. Es wurde auch der Antrag lediglich deswegen gestellt, weil diese großen Appoints zu einem besseren Course anzubringen sind, wie die kleinen.

Es kann sich leicht eine Coursdifferenz von 20, 30 auch 40 kr. ergeben, und das wollen wir vermeiden. Denn eine solche Differenz wäre immerhin ein großer Verlust und würde in die hunderttausende von Gulden gehen.

Das sind die ganz klaren und nüchternen Erwägungen, aus denen man zu den Anträgen des Referenten kommt. Es ist gar nichts dahinter und ich wüßte nicht, welche Nebenabsicht vorhanden wäre.

Bei der öffentlichen Subscription war auch der kleinste Mann, kurz das ganze Publicum in der Lage, zu zeichnen. Wir haben gesehen, wer gezeichnet hat: ein Theil des kleinen und ein Theil des großen Publicums. Sie haben aber gesehen, daß der weitaus größere Theil in größeren Appoints und ein verhältnismäßig kleiner Theil kleine Appoints gewünscht hat. Das führte uns dazu, die Anzahl der großen Appoints zu vermehren und die Anzahl der kleineren Appoints zu verringern.

Gem.-Rath Geitler (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluß der Debatte. (Widerpruch links.)

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Die Herren, welche mit Schluß der Debatte einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Der Schluß der Debatte ist angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Sebastian Grünbeck, Pürsch, Tomola und Gregorig.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Meine Herren! Wenn ich mich zum Worte gemeldet habe, so ist es ganz allein der Umstand, daß man jetzt auf einmal sagt: die Obligationen oder vielmehr die Appoints, wie Sie sie nennen, sind zu klein.

Warum sind sie zu klein? Und warum sind die kleinen zurückgeblieben? Da will ich Ihnen die Aufklärung geben.

Wenn zum Beispiel jemand bei der öffentlichen Zeichnung 1000 Kronen gezeichnet hat, so hat man ihm die Sachlage nicht nahegelegt, sondern man hat ihm statt 10 Stück à 100 Kronen einfach ein Stück zu 1000 Kronen gegeben. Auf diese Weise sind die kleinen Appoints zurückgehalten worden, was aber absolut unrichtig ist. (Unruhe rechts.) Da hört man (nach rechts zeigend) keine Glocke; wenn bei uns Unruhe ist, ist die Glocke immer in Gang.

Also auf diese Weise sind die kleinen Obligationen zurückgehalten worden, es ist ein Fehler in der Manipulation geschehen. Hätte man bei kleinen Beträgen von 1, 2, 3000 Kronen immer die kleineren Papiere hingegeben, wenigstens einen Theil derselben, so wäre es unbedingt besser gewesen, und Sie wären nicht in die unangenehme Lage gekommen, daß so viel, circa 40.000 Stück, zurückgeblieben sind.

Es ist nicht richtig, wie der Referent gesagt hat, daß gerade er es vorher gesagt hat, daß diese kleinen Obligationen zurückbleiben werden. Wenn man es so anlegt und nur gerade große hinausgibt, dann ist es selbstverständlich, daß die kleineren unbedingt zurückbleiben müssen. Kann es uns dann wundern, daß wir Papiere zu 200 Kronen förmlich in die Stampfe geben müssen? Wie ist es bei den Staatspapieren? Die 60er Lose hat man auf fünfstel getheilt, und wie werden die begehrt? So ist es auch bei anderen Papieren. Dieser Art der Einführung kann man absolut nicht zustimmen. Es kommt mir so vor, als wenn man diese kleinen Papiere, die zu 200 Kronen, dem Publicum mit Gewalt entziehen und als wenn man nur die großen Papiere den Bank- und Geldinstituten oder den Großcapitalisten zuschanzen wollte. Das sage ich Ihnen ganz ruhig, wir haben überhaupt die Anlehen nur dafür!

Meine Herren! Es ist nichts neues; in anderen Ländern sind zu wiederholtenmalen öffentliche Zeichnungen unter dem Volke gewesen. Es ist eigentlich dies das erstemal, daß man sich bei uns direct an das Volk wendet. Wundern Sie sich da, daß das kleine Publicum vielleicht weniger begehrt hat? Sicher ist, daß nicht alle in die Sparcassa gehen, sondern nur derjenige, der eventuell den Nothpfennig morgen wieder braucht. Andere Geschäftsleute, bessere Arbeiter und die untere Beamtenenschaft kaufen sich gelegentlich das eine oder andere Stück. Aber wenn man lauter große Papiere, zu 5000 oder 1000 Kronen, und nur so eine Kleinigkeit, 4000 oder 5000 Stück, kleine herausgibt, dann schließen Sie ja die kleineren und mittleren Leute selbstverständlich aus. Sie machen es nicht so, wie in anderen Ländern, wo man gerade das kleinere Publicum heranzieht. Es soll auch theilnehmen und soll sich gewisse Renten kaufen. Sie wollen das einfach nicht. Ich weiß nicht, ich muß es schon sagen, Sie sind nur dafür, daß nur die Großcapitalisten die 5000 und 1000 Kronenpapiere sich kaufen. Das ist nicht das Richtige. Das, was der Herr Referent gesagt hat, ist nur deswegen eingetroffen, weil man die kleineren Papiere einfach nicht hinausgegeben hat.

Sie mögen sagen, was Sie wollen, und mögen darüber lachen — über Sie lacht man schon lange draußen. Sie dürfen da nicht überrascht sein, aber es wird noch besser kommen, man wird in der Zukunft nicht mehr über derlei Sachen, die wirklich angelegt sind, um den Kleinen förmlich davon auszuschließen, daß er auch Mitbesitzer sein kann, lachen. Sie sehen es lieber, wenn die Leute hergehen, Türken- oder Serbenlose kaufen (Richtig! links), wo das Volk verliert. Meine Herren, erziehen wir die Bevölkerung dazu und machen wir sie aufmerksam: Ihr bekommt um 50, 100, 200 fl. auch Obligationen — dann wird sie nicht auf so manche andere Papiere greifen müssen. Aber das wollen Sie ganz einfach nicht. Meine Herren, ich stimme dagegen, und wenn Sie wieder Geld hinausgeben, dann vertheilen Sie es ein bißchen, denn wenn einer 20.000 Kronen verlangt hat, hat man ihm einfach 20 Tausender aufgezählt. Einfacher ist es schon, aber viel praktischer ist es, wenn man ihm 10 oder 20 kleine

Stücke dazugibt. Es ist ja nichts neues: auf der Börse war das Papier gar nicht zu erfragen und nicht zu kaufen. Es ist Ihnen aber leid gewesen, daß es unter das Publicum, unter die besser Situierten gekommen ist. Nein, da ist es viel besser, daß es von der Börse abhängt, die über Nacht unser Papier in arger Weise gefährdet. Ich werde absolut gegen diese neue Art der Vertheilung stimmen aus den Gründen, die ich Ihnen gesagt habe, weil ich der Meinung bin, es solle das Papier dem Volke zugänglich gemacht, nicht aber daselbe davon ausgeschlossen werden.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Der Herr Referent hat das Wort. (Gem.-Rath Jedlicka: Ich habe mich zum Worte gemeldet!) Ja, aber nach der Geschäftsordnung hat der Referent jederzeit das Recht, das Wort zu nehmen.

Referent: Ich bin wirklich erstaunt über die Ansichten, die geäußert worden sind. Die Herren werden sich zu erinnern wissen, daß wir bei der Subscription ausdrücklich gesagt haben, es solle jeder auf dem Subscriptionsbogen, wo er zeichnet, die Wünsche bezüglich der Appoints bekanntgeben, und man werde diesen Wünschen, soweit der Vorrath reicht, Rechnung tragen. Dadurch haben wir geglaubt, am allerbesten erfahren zu können, was das Publicum wünscht, und das Publicum muß doch besser wissen, was es wünscht, als die Herren, die gesagt haben, daß sie es besser wissen. Wenn es so gewesen wäre, wie die Herren sagen, daß das Publicum nur kleine Obligationen braucht, so würde bei der Subscription ein Bedarf an kleinen Appoints gewesen sein. Niemandem wäre das lieber gewesen als uns, denn dadurch hätten wir die kleinen Stücke angebracht. Gerade die Opposition hat es verschuldet, daß wir unnötig viele tausende Gulden an Druckkosten ausgegeben haben, obwohl, wie sich die Herren zu erinnern wissen, ich hier gekämpft habe, daß man nicht so ungeschickt sein soll und eine solche Riesensumme in Antheilen zu 50 fl. ausgeben, für welche keine Käufer zu finden sind.

Wenn man eine Ware verkaufen will, so muß man sich nach dem Wunsche der Käufer richten. Man kann nicht sagen: ich capriciere mich darauf, die Käufer müssen gerade kleine Appoints nehmen, sondern man muß dem Käufer sagen: was wünschst du für Appoints? ich werde sie dir zur Verfügung stellen — und das ist auch geschehen. Ich weiß, daß man bei der Subscription ausdrücklich gesagt hat, jeder Subscribent soll sagen, was für Appoints er wünscht, und es wird diesem Wunsche Rechnung getragen werden; dadurch haben wir erfahren, was gewünscht wird. Wenn wir aber wirklich, wie uns zugemuthet wird, die Vertreter des Großcapitalales wären, so wäre es ja ganz zweckmäßig, diese kleinen Appoints nicht so zusammenzulegen und einzuschmelzen, denn dann würden die jetzt im Umlaufe befindlichen großen Stücke den Wert der besonderen Vorliebe, das pretium affectionis, gewinnen und diese Banquiers würden nicht, wie der Herr Bürgermeister meint, 30 bis 40 fr., sondern 1 bis 2 fl. per 100 Differenz zwischen 50 und 1000 Kronen per Appoints gewinnen. Ich glaube sogar, auch sagen zu können, daß diese Summe zu kleinen Appoints überhaupt nicht zu einem anständigen Course einbringlich ist, und wir also in Verlegenheit kommen würden. Ich bitte Sie daher, nach wie vor die Anträge des Stadtrathes anzunehmen, weil, wenn sie abgelehnt würden, der Gemeinde ein empfindlicher Nachtheil zugefügt würde.

Gem.-Rath Purscht: Meine Herren! Sie haben den ersten Beschluß gefaßt und ich glaube, Sie sollen auch dabei bleiben. Es ist nicht ganz richtig, wie der Herr Referent sagt, daß es

besser sei, große Appoints auszugeben, denn dem kleinen Publicum werden dann die Papiere nicht zugeführt werden. Wir als Vertreter der kleinen Leute müssen diesem Antrage entschieden entgegentreten, denn wir sind nicht da für die Börsespeculanten, sondern nur für das kleine Publicum, und ich glaube auch, nachdem die Papiere schon angefertigt sind, soll man sie so begeben, wie sie vorhanden sind. Ich bin auch überzeugt, daß jeder, der heute ein Stück zu 1000 Kronen will, sehr gerne 10 Titres à 100 Kronen nehmen wird. (Referent: O nein!) Gewiß wird er sie nehmen. Aber meine Herren, es ist auch früher unsere Intention gewesen, dem kleineren Publicum die Papiere zuzuführen; Sie haben auch gesehen, daß die 23 Millionen in sehr kurzer Zeit begeben wurden, und ich bin überzeugt, daß die restlichen 12 Millionen gewiß auch sehr schnell begeben werden können. Wenn der Herr Referent sagt, daß bei den Papieren die Banquiers dann eventuell 3 bis 4 fl. mehr verlangen würden, so weise ich darauf hin, daß bei den Staatspapieren die Differenz bei den kleineren Titres nicht 3 bis 4 fl. ist. Es wird überhaupt die Abgabe viel leichter bei kleineren Titres sein als bei großen. (Referent: Nein!)

Es hat der Herr Referent — er möge mir verzeihen — immer den Großcapitalisten im Auge (Gem.-Rath Sawranek: Weil er selber einer ist!), und ich will Ihnen da nur eine kleine Begebenheit aus unserer Sparcassa erzählen. Wie der Director ihm gesagt hat, daß für kleine Beträge ein größerer Zinsfuß gegeben werden solle, hat er erklärt, das sei nicht nothwendig, Sie haben nur kleinere Beträge zu rechnen, die großen Beträge lassen Sie einfach den Banken über! Es ist dies der triftigste Beweis, daß der Herr Referent immer mehr für die Banken als für die Allgemeinheit des Volkes ist. (Widerspruch rechts.) Ich bitte sehr. Sie sollen sich überhaupt consequent bleiben. Aus Ihrer Mitte hat sich ja eine kleine Partei gebildet, die Socialreformer, und wenn diese heute zeigen wollen, daß sie wirklich Socialreformer sind, so nehmen Sie den Antrag nicht an. Das sage ich Ihnen.

Gem.-Rath Tomola: Meine sehr geehrten Herren! Am Tage nach der Begebung des Anlehens schrieb der localpatriotische Leitartikler des Szeps: „Wien ist gut.“ Wien ist gut, dachte sich wohl mancher; man mußte ja zu dieser Ansicht kommen, nachdem das Anlehen um mehr als die Hälfte überzeichnet worden ist.

Zu dem Leitartikel wird selbstverständlich die Opposition verrißen, welche immer und immer wieder behauptet, daß die große Menge des Volkes in Wien verarmt sei und daß sich niemand mehr finde, welcher der Stadt sein Geld anvertraut. Wien ist also gut, so schrieb das Szepserne. Nun zeigt sich das Gegentheil. Es zeigt sich, daß Sie anfangs 97.000 Appoints ausgeben wollten, während Sie heute genöthigt sind, bloß 42.500 auszugeben. Wenn man die Ziffern von heute mit den ursprünglichen vergleicht, so erscheint die heutige Tabelle wie eine Armee von Officieren ohne Soldaten, lauter große Ziffern, die kleinen sind verschwunden, sind eliminiert.

Es ergibt sich zweierlei: Entweder hat die große Menge der Bevölkerung kein Geld, um etwas zu zeichnen, oder sie hat kein Vertrauen; vielleicht trifft beides zu, aber eines allein wäre schon schlimm genug.

Ich meine auch, es sind bei der Veranstaltung der Subscription Fehler geschehen. Meiner Ansicht nach war es nicht richtig, bloß sechs Stunden für die Zeichnung zu bestimmen. Während dieser sechs Stunden haben viele der kleinen Leute ja gar nicht Zeit, in die Bureaux zu gehen und dort ihre Beträge

zu zeichnen. Wenn man wirklich auf das kleine Volk gerechnet hätte, so hätte man einen Sonntag nehmen müssen, einen freien Tag, man hätte vielleicht eine ganze Woche lang die Papiere auflegen müssen, dann wären kleine Beträge auch gezeichnet worden. Ich bin überzeugt, daß noch so viel Geld unter den Leuten ist, daß sich auch genügend viele Leute, 50.000 und mehr gefunden hätten, um die zuerst beabsichtigten Antheilscheine zu nehmen. Es ist nicht geschehen, so daß jetzt nichts anderes übrigbleibt, als die kleinen Antheilscheine in größere umzuwandeln; das sehe ich sehr gut ein. Aber das eine constatire ich, daß auf Grund dieser Subscription Wien nicht so gut ist; gut sind bloß diejenigen, welche das viele Geld in Händen haben.

Diese Subscription zeigt drastisch und deutlich, was wir immer gesagt haben, daß unter dem Volke kein Geld und kein Vertrauen zur heutigen Gemeindevirtschaft vorhanden ist.

Gem.-Rath Jedlicka: Meine Herren! Man will hier brüderlich theilen. Das erstemal hat man gesagt, die kleinen Leute, die um 50, um 10 fl. kaufen, sollen zusammen 10 Millionen in die Hand bekommen. Heute macht man es noch schöner: sie sollen nur 3 Millionen in die Hand bekommen. Das ganze sieht so aus, als wenn man mit aller Macht die 4percentigen guten Papiere den Großcapitalisten zuschieben will.

Der Herr Bürgermeister hat gesagt, daß man die kleinen Papiere nicht anbringe. Das hat Herr College Grünbeck schon widerlegt. Hätte man gleich bei der Subscription gesagt: soundsoviel Papiere zu 1000, soundsoviel zu 100, soundsoviel zu 10 fl., so wären sie weg gewesen.

Der Herr Bürgermeister hat gesagt, der kleine Mann geht zur Sparcassa und legt dort seine Gulden und Kreuzer an. Das ist richtig; aber dort bekommt er nur 3-6 Percent, während er hier 4 Percent bekäme. Sie wollen, nachdem Sie es in lauter große Papiere umwandeln wollen, diese fetten 4 Percent den Großen zuschanzen und die Kleinen sollen mit 3-6 Percent vorlieb nehmen. (Zustimmung links.) Das ist keine Ausrede. Der Herr Referent sagt: die Ware nach dem Wunsche des Käufers. Ja, ist denn das eine Tischlerei, daß man 9zöllige oder 10zöllige Pfoften verlangen kann? Das ist auch kein kleines Papier zu 500 Kronen, das sind 250 fl.; für das andere zu 100 und zu 50 fl. will er nur 3 Millionen geben. Das sind also 3 Millionen für das kleine Volk und 32 Millionen für die reichen Herren. Also, man will mit aller Macht alles nur den Großen zuschanzen und zuschummeln, und dagegen müssen wir protestieren. Der Mensch, der spart, der kauft sich ein Communalpapier um 50 fl., er wird sich nicht ein Türken- oder Serbenlos kaufen, die er später nach dem Gewichte beim Greißler verkaufen kann. Darum erkläre ich, daß diese ganze Manipulation nichts anderes ist, als eine Verfürgung der armen Leute und eine Inanspruchnahme des Großcapitals. Dagegen protestiere ich.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Ich glaube, daß auch Sie mit mir der Anschauung sind, daß wir bei diesem Referate eine solche Debatte nicht erwartet haben. Man kann ruhig sagen, daß diese Debatte völlig überflüssig war. Es ist für uns, für die Gemeinde Wien ganz gleichgültig, ob bei dieser Anleihe kleine oder große Appoints hinausgegeben werden (Gem.-Rath Jedlicka: Ist nicht wahr!), und nun sagen Sie, es wird auf die kleinen Leute nicht Rücksicht genommen. Da muß ich Sie an folgendes erinnern: Als über die 35-Millionen-Anleihe das erstemal hier gesprochen worden ist, haben Sie den Wunsch geäußert, daß nur

recht viele kleine Appoints herausgegeben werden und diesem Ihrem Wunsche Rechnung getragen werde. (Referent: Leider!) Ihr Wunsch ist erfüllt worden, und sehen Sie, das Publicum thut nicht, was Sie erwartet haben. (Zwischenrufe links.)

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte, Zwischenrufe zu unterlassen.

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Können wir dafür, daß das Publicum nicht kommt? Sehen Sie, wenn jemand 1000 Kronen zeichnet, kann man ihm nicht zehn Stück à 100 geben. Er will sie nicht. Er sagt: Ich will ein Papier und nicht zehn Stück haben. Nun muß ich Ihnen folgendes sagen: Mich wundert es nicht, wenn die kleinen Leute nicht kommen. Erstens paßt es ihnen nicht, sie gehen, wie der Herr Bürgermeister hervorgehoben hat, lieber in die Sparcassa, und wenn sie das nicht wollen, so können sie ja auch österreichische 100 fl.-Rente kaufen, die ist ebenso gut, vielleicht besser, als dieses communale Papier. Sie brauchen sich wegen der kleinen Leute den Kopf nicht zu zerbrechen. Wenn sie überhaupt Geld haben, so werden sie es auch ohne dieses Papier gut anzulegen wissen. Und dann möchte ich fragen: Wie sollen sich diese Leute um dieses unser Papier reißen? Sie, meine Herren (zur Linken gewendet), sagen ja bei jeder Budgetdebatte, daß die Gemeinde Wien in Concurs kommt. Wahrscheinlich werden wir das bei der nächsten Debatte wieder hören, und da wünschen Sie, daß die kleinen Leute zu uns kommen. Sie kommen aber nicht — vielleicht kommen sie später, es ist möglich, vielleicht kommen sie, wenn Sie einmal am Ruder sind. Ich will sie nicht länger aufhalten. Ich glaube, es war jedes Wort überflüssig, das in dieser Richtung gesprochen worden ist.

Ich bitte Sie, den Antrag des Herrn Referenten anzunehmen.

Referent: Die erste Subscription, welche die Gemeinde Wien in eigener Regie gemacht hat, ist vollkommen gelungen, man konnte mit dem Ergebnis derselben vollkommen zufrieden sein. Umso mehr muß es überraschen, daß man heute, wenn wir auf demselben Wege fortschreiten wollen, dem Publicum, welches künftig unsere Obligationen nehmen wird, wieder die Bequemlichkeit zu bieten, daß es sich die Appoints aussuchen und diejenigen haben kann, welche es verlangt, gegen diesen Antrag Front macht. Es ist gesagt worden, es sei das eine Verfürgung der armen Leute, wir wollten den armen Leuten unsere guten Papiere nicht geben. Diese armen Leute sollen nur herkommen! Freilich hat schon *Meistroh* gesagt: „Das ist ein großes Unglück, daß die armen Leute leider kein Geld haben.“ Wenn die armen Leute nicht kommen und nichts einzahlen, so können wir ihnen die Obligationen nicht geben. Es ist jeder feierlich eingeladen worden, zu subscribieren, und wenn Tausende gekommen wären und Obligationen à 100 Kronen verlangt hätten, so hätten sie sie bekommen. Sie sind aber nicht gekommen.

Nun haben wir in unserem gegenwärtigen Vorrathe, der elf Millionen Kronen beträgt, neuneinhalb Millionen kleine Appoints, d. i. eine verhältnismäßig große Summe, so daß wir in große Verlegenheit kommen würden, wenn wir an diejenigen, die Geld haben, uns damit wenden würden, daß sie uns diese Titres abnehmen. Alle öffentlichen Cassen, auch die Sparcassen haben es abgelehnt, so kleine Titres in größeren Beträgen zu beziehen. Wenn Sie also, meine Herren, nicht den Schaden der Gemeinde und der Gemeinde nicht Schwierigkeiten bereiten wollen, so bitte ich Sie, diesen Anträgen zuzustimmen.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Herren Gemeinderäthe, sich auf die Plätze zu begeben, damit die Zählung vorgenommen werden kann. (Nach erfolgter Zählung:) Nachdem nicht 92 Herren Gemeinderäthe anwesend sind, so kann die Abstimmung in der heutigen Sitzung nicht vorgenommen werden. Dieselbe wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

27. (234.) Referent Gem.-Rath Mayer: Herr College Steiner hat einen Antrag gestellt, es sei die Stadtkauamts-Abtheilung des XIX. Bezirkes zu beauftragen, ehestens wegen Instandsetzung der Wege nach dem Leopoldsberge das Geeignete zu veranlassen. Das ist geschehen. Es hat sich aber herausgestellt, daß der sogenannte Touristenweg über die Nase nach dem Leopoldsberge, der vom Österreichischen Touristenclub hergestellt wurde, nicht communaler Grund, sondern Eigenthum des Chorherrenstiftes Klosterneuburg ist, daß also die Gemeinde nicht die Verpflichtung hat, diesen Weg auf ihre Kosten in gutem Zustande zu erhalten. Damit jedoch der Touristenclub für seine Bemühungen eine Entschädigung von Seite der Gemeinde hat, so wird der Antrag gestellt, es möge dem Touristenclub als Beitrag für die Erhaltung dieses Weges für die nächsten drei Jahre je ein Betrag von 50 fl. gegeben werden.

Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Nachdem keine Einwendung gegen den Antrag erhoben wird, so erkläre ich denselben für angenommen.

Beschluß: Zur Erhaltung des Touristenweges auf dem Leopoldsberge wird dem Österr. Touristenclub ein specieller Beitrag von jährlich 50 fl. auf drei Jahre gewährt.

28. (9270.) Referent Gem.-Rath Mayer: Weiters habe ich die Ehre, für den abwesenden Kollegen *Vaugoin* ein Referat zu erstatten. Die Herren wissen, daß der Central-Friedhof, so ausgedehnt er auch ist, längst zu klein geworden ist, und daß man ihn successive vergrößern muß. An den heutigen Bestand des Friedhofes grenzt nun die städt. Baumschule; deren Area soll auch einbezogen werden. Von dem ursprünglichen Ausmaße von ungefähr 17 Joch weist sie heute nur 12 Joch belegbaren Grundes auf. Es hat sich nun sowohl das Bauamt, als der Magistrat und der Stadtgärtner bemüht, einen anderen passenden Platz ausfindig zu machen, auf welchem die neu zu errichtende Baumschule errichtet werden könnte, und von allen vorgeschlagenen Gründen hat sich ein in der Nähe befindlicher Grundcomplex von 27 Joch 1342 □⁰ gefunden, der Eigenthum des Bürgerpitalsfonds ist und unter dem Namen „Himmelreich“ im Grundbuche eingetragen ist. Auf diesem Grunde sind heute 15 Pächter des Bürgerpitalsfonds, die in Summa den Betrag von 3138 fl. zahlen, was beiläufig dem Werte von 7 fr. per Quadratklaster pro Jahr als Pachtzins entspricht; der Pachtvertrag läuft schon am 1. November des Jahres 1895 ab. Es soll nun von dieser Zeit ab dieses „Himmelreich“ so hergerichtet werden, daß dort die zukünftige städtische Baumschule errichtet werden kann. Bei dieser Gelegenheit ist es nothwendig zu erwähnen, daß durch die Einbeziehung der Vororte zur Stadt den Bedürfnissen bezüglich der Anlage von Alleen u. längst nicht mehr entsprochen werden kann. Während vor der Einbeziehung für 5000 bis 6000 fl. Hölzer der Baumschule entnommen wurden, werden jetzt solche für 12- bis 13.000 fl. benötigt; im Jahre 1892 wurden sogar solche für 16.000 fl. entnommen. Der Wert der heute noch stehenden Hölzer reducirt sich auf den Betrag von 32.000 fl.

Wenn Sie durchschnittlich nehmen, daß der Baum, bis er ausgelegt werden kann, fünf, sechs, auch sieben Jahre benötigt, so ist die Rechnung sehr einfach, daß man nicht auskommt. In großem Maßstabe soll auf dem neuen Areale das nöthige angelegt werden, damit man in absehbarer Zeit nicht genöthigt ist, Bäume anzukaufen.

Daher wird Ihnen der Antrag gestellt (liest:)

„1. Der dem Wiener Bürgerpitalsfonds gehörige Grundcomplex in Kaiser-Ebersdorf im XI. Gemeindebezirke, genannt „Himmelreich“, umfassend die Cat.-Parc. 673/1 bis 18, im Ausmaße von 27 Joch 1342 □⁰ = 160.202 m², wird zum Zwecke der Errichtung einer städtischen Baumschule vom 1. November 1895 an auf unbestimmte Zeitdauer von der Gemeinde Wien in Bestand genommen.“

2. Der Bestandzins wird mit 8 kr. für die Quadratklaster pro Jahr bestimmt, daher insgesammt als Jahrespachtzins der Betrag von 3565 fl. 36 kr. entfällt. Derselbe ist in zwei halbjährigen Anticipativraten am 1. November und 1. Mai zu entrichten und als wiederkehrende Auslage budgetmäßig sicherzustellen.“

Gem.-Rath Wärtl: Ich bin nicht gegen den Referenten-Antrag, allein ich weiß nicht, ob in dem Referate für diese 15 Pächter irgendwie Vor Sorge getroffen worden ist. Es ist doch für diese Leute bitter, daß sie wieder weiter hinausrücken müssen. Ich hätte gern gesehen, wenn im Referate für diese 15 Pächter Vor Sorge getroffen worden wäre, daß man ihnen anderweitig einen Platz verschafft hätte, damit sie und eventuell ihre Familien nicht so plötzlich arbeitslos werden. Es ist jetzt nicht das erstemal, daß sie immer mehr hinausgedrängt werden, sondern das ist schon seit einer Reihe von Jahren öfters geschehen. Ich habe nur deshalb das Wort ergriffen, um einerseits den Herrn Referenten zu fragen, ob für diese 15 Pächter bereits irgendwelche Vor Sorge getroffen wurde und ob sie noch irgendeinen Grund haben, und damit es andererseits nicht heißt, daß sich für diese 15 Pächter kein Gemeinderath gefunden hat, der sich ihrer angenommen hätte.

Ich sehe ein, daß dort, wo sie jetzt ist, keine Baumschule bestehen kann; das hätte man schon vor vielen Jahren wissen müssen. Vielleicht aber kann mir der Herr Referent bezüglich der Schadloshaltung dieser 15 Pächter eine beruhigende Auskunft erteilen.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich weiß nicht, ob dem unmittelbaren Herrn Vorredner bekannt ist, daß diese 15 Pächter auch wirklich Familienväter sind. Nun aber, selbst wenn das der Fall wäre, so muß man sagen, das Hinausdrängen, das Zurückdrängen der Gärtner ist eine natürliche Folge der Vergrößerung Wiens. Da kann man leider nichts machen. Diese 15 Pächter haben wahrscheinlich jeder ein kleines Grundstück und es ist vielleicht für den einen oder anderen bedauerlich, aber da kann die Gemeinde leider nichts thun. Das sind Pächter, und wenn der Pachtvertrag aufhört und ein so wichtiger Zweck für einen Grund vorhanden ist, wie er hier gegeben ist, so kann die Gemeinde Wien selbstverständlich keine Rücksicht darauf nehmen, es wäre denn, daß der eine oder der andere dieser Pächter sehr stark geschädigt würde. Dann weiß er ja, was er zu thun hat, und wird eine Vorstellung an den Gemeinderath richten. Das ist aber nicht unsere Sache, sondern Sache des betreffenden Pächters. Alle Herren, welche hier im Gemeinderathe sitzen, wissen, daß die Gemeinde Wien derartigen Personen gewiß niemals unrecht gethan hat. Wenn also dem einen oder anderen wirklich in solcher Weise unrecht geschieht, so wird er ja wissen, wohin er sich zu wenden hat. Ich begrüße

es mit großem Vergnügen, daß man endlich darangeht, eine Baumschule größeren Stiles zu errichten, wie wir sie ja brauchen. Es wird das erste Studium des von uns neu angestellten Stadtgarten-Inspectors sein, und ich wünsche, daß er sich mit dieser Angelegenheit recht eingehend befasse, damit wenigstens der neue Stadtgarten-Inspector gleich ein neues Feld seiner Thätigkeit vorfindet. Im übrigen empfehle ich Ihnen die Anträge des Referenten.

Gem.-Rath Hoch: Ich möchte mich den Anträgen des Herrn Vorredners Bärtl anschließen und hätte nur, da ich aus demselben Bezirke bin, dasselbe vorzubringen. Ich meine jedoch, es wäre sehr schwer, sofort eine Entschädigung auszusprechen. Die Leute haben dort Hütten und Brunnen angelegt. Das muß nach meiner Ansicht erst erhoben werden. Der eine hat mehr, der andere weniger angelegt. Ich bin vollkommen überzeugt oder will wenigstens die Hoffnung aussprechen, wenn die fünfzehn der Kündigung wegen an die Commune um Entschädigung sich wenden, daß sie etwas bekommen. Die Leute haben den Grund durch 12, 15 Jahre fruchtbar gemacht, seit einigen Jahren kam eine strengere Clause bezüglich der Kündigung hinein. Früher waren alle Verträge immer von 6 zu 6 Jahren und halbjährige Kündigung. Der Betreffende ist genau durch 5 Jahre gebunden, die Gründe von der Commune zu halten. Wie es jetzt ist, wird er in einem halben Jahre hinausgedrängt. Die Sache ist schwierig; ich würde bitten, daß die Herren, wenn der Antrag auf Entschädigung dieser fünfzehn kommt, zuzustimmen.

Gem.-Rath Pursch: Ich wäre der Meinung gewesen, daß man aus Rücksicht für die Leute, die ja Familienväter sind, sich früher mit ihnen ins Einvernehmen hätte setzen sollen und ihnen eine Entschädigung anbietet. Wenn beschlossen wird, daß dort eine Baumschule errichtet wird und die Leute hereinkommen und hier gewissermaßen Bittgesuche einreichen, dann werden sie nicht mehr viel Entschädigung bekommen. Meine Herren! Es ist viel wichtiger, daß man sich früher mit den 15 Leuten ins Einvernehmen setzt und ihnen eine Entschädigung anbietet und dann erst eine Baumschule errichtet. Ich stelle daher den Antrag, daß dieses Referat heute zurückgewiesen wird.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Es ist niemand mehr zum Worte vorgemerkt, der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich kann die Herren beruhigen und dem Herrn Gem.-Rathe Bärtl, der die Verhältnisse von früher kennt, sagen: es ist nicht eine Kündigung, die stattfindet, sondern der Pachtvertrag läuft am 1. November 1895 ab, er braucht einfach nicht erneuert zu werden. Davon sollen die Pächter in ihrem Interesse jetzt schon verständigt werden. Es wäre inhuman, ihnen erst zulegt zu sagen, wir erneuern den Vertrag nicht. Man sagt es ihnen jetzt, damit sie ihre Vorkehrungen treffen können, mit den Anpflanzungen nicht in dem Maße vorzugehen als sonst, wenn der Pachtvertrag erneuert wird. Das ist das eine. Es ist ferner selbstverständlich, daß das Referat mit der Entschädigung und eventuell mit der Anweisung anderer den bisherigen Pächtern günstiger gelegenen Plätzen sich beschäftigt hat. Es ist aber nicht Sache dieses Referates, dies hier öffentlich auszusprechen. Selbstverständlich aber hat sich das Referat eingehend damit beschäftigt und nennt bereits jene Plätze in der nächsten Nähe, wo ein genügender, größerer Raum ist — Ober-Neuriesen heißt es, wenn es die Herren wissen wollen — wo die Pächter einen neuen Pacht erstehen können und für eine lange Reihe von Jahren ihrem Gewerbe nachgehen können.

Es ist selbstverständlich — und die Gemeinde braucht es nicht zu betonen, denn es ist in ihrer Gewohnheit und Gepflogenheit gelegen — daß all jener Aufwand, der durch die Anbauten, die die Leute gemacht haben, durch Dünger, das lange Wisfen etc., wodurch eine Verbesserung des Bodens hervorgebracht wurde, den Leuten auf Grund einer Abschägung vergütet werde. Sie haben Hütten und Brunnen gebaut etc., all das der Gemeinde passende wird abgelöst werden. Es fällt uns nicht ein, ihnen einen Schaden zuzufügen, denn es trifft sie hart, wenn die Gemeinde sagen muß, jetzt brauchen wir die Gründe selbst. Aber es geht nicht anders. Was gesagt wurde von den sechs Jahren, so war das immer so. Es wurde die Sache immer von sechs zu sechs Jahren vergeben. Ich bitte daher, dem Antrage zuzustimmen, weil er in jeder Weise gerechtfertigt ist.

Gem.-Rath Grambauer (zur Berichtigung): Ich habe mich sofort gemeldet, als dem Referenten das Schlusswort erteilt wurde. Ich berichtige thatsächlich, daß, wenn per Quadratklaster 8 kr. gezahlt werden, der Pachtzins per Joch 120 fl. ausmachen würde, ein Betrag, den niemand leisten kann als ein Gärtner. Es wäre auch viel besser gewesen, man hätte sich außerhalb Schwedrats um einen Grund umgesehen. Dort hätte man leicht einen Grund um 500 fl. bekommen, und man hätte dem Gärtner die Sache nicht verleidet.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte, das ist Debatte, aber keine Berichtigung.

Gem.-Rath Grambauer: Ich muß doch meiner Meinung Ausdruck geben, weil der Herr Vice-Bürgermeister mir das Wort nicht erteilte, als ich mich zum Worte gemeldet habe.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Im Momente, da ich erklärte, daß niemand mehr zum Worte gemeldet sei, war mir eben der Wunsch des Herrn Gemeinderathes nicht bekannt. Ich bitte, sich also rechtzeitig zu melden.

Wir schreiten zur Abstimmung. Jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschlecht.) A n g e n o m m e n. (Rufe links: Was ist's mit der Zurückweisung?) Das ist die einfache Negation, die Abweisung, die kann ich nicht zur Abstimmung bringen.

Beschluß: 1. Der dem Wiener Bürgerhospitalssonde gehörige Grundcomplex in Kaiser-Ebersdorf im XI. Gemeindebezirke, genannt „Himmelreich“, umfassend die Cat.-Z. 673/1 bis 18, im Ausmaße von 27 Joch 1342 □⁰ = 160.202 m², wird zum Zwecke der Errichtung einer städtischen Baumschule vom 1. November 1895 an auf unbestimmte Zeitdauer von der Gemeinde Wien in Bestand genommen.

2. Der Bestandzins wird mit acht Kreuzern für die Quadratklaster pro Jahr bestimmt, daher insgesamt als Jahrespachtschilling der Betrag von 3563 fl. 36 kr. entfällt. Derselbe ist in zwei halbjährigen Anticipationsraten am 1. November und 1. Mai zu entrichten und als wiederkehrende Auslage budgetmäßig sicherzustellen.

29. Vice-Bürgermeister Mahenauer: Wir haben auf der heutigen Tagesordnung eine Anzahl von Wahlen, und zwar von sechs Mitglieder in die Lagerhaus-Commission, eines in das Curatorium des Museums und von zwei Mitgliedern in die Bau-deputation.

Ich bitte um die Verlesung der Namen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Kaiser geben die Gemeinderäthe ihre Stimmzetteln ab. — Nach erfolgter Stimmenabgabe:)

Ich bitte zum Referate Herrn Gem.-Rath Witzelsberger.

30. (298.) Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Ich habe die Ehre, zu referieren über die Errichtung eines Schöpfwerkes in der Friedrichsgasse im XV. Bezirke. Diese Friedrichsgasse ist eine ganz neueröffnete Straße. In dieser Straße befindet sich der ehemalige Brauhäusbrunnen, der sehr wasserhältig ist. Der Besitzer der Parcellen wurde bei Eröffnung der Straße beauftragt, diesen Brunnen nicht zu verschütten, damit eben Wasser daraus entnommen werden könne. Aus dem Brunnen können nach den neuesten Messungen pro Tag 660 hl Wasser entnommen werden. Es ist daher sehr nothwendig, nachdem es uns ohnedies an Nutzwasser fehlt, daß die Gemeinde dieses Wasser zum Zwecke der Bepflanzung zur Verfügung bekommt.

Es wird daher seitens des Stadtrathes der Antrag gestellt (liest):

„Das vorliegende Project mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 8000 fl. zu genehmigen und vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Localcommission die Baubewilligung zu erteilen.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall; ich erkläre den Antrag für angenommen.

Beschluß: Das vorliegende Project für die Errichtung eines Schöpfwerkes in der Friedrichsgasse an der Ecke der Zwölfgasse im XV. Bezirke wird mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 8000 fl. genehmigt und vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Localcommission die Baubewilligung erteilt.

31. (499.) Referent Gem.-Rath Schneiderhan: Ich habe die Ehre, zu referieren über Anträge, betreffend Vergütung von Überstunden für das Straßenjäuberungs-Perfonale im I. Bezirke. Die Herren haben für zwei Kategorien bereits solche Zahlungen für Überstunden bewilligt; es hat sich aber bei der Durchführung der Straßenjäuberung gezeigt, daß das sämtliche Perfonale zeitweise Überstunden machen muß, z. B. gelegentlich von Schneefällen bei der Schneejäuberung.

Es wird daher beantragt:

„Folgende bei der Stadtsäuberung im I. Bezirke beschäftigte Individuen, nämlich:

1. der Kanzleidiener . . . mit dem Taglohne von 1 fl. 60 kr.
2. die Zeugwartgehilfen . . . „ „ „ 1 fl. 60 kr.
3. die Plagwächter . . . „ „ „ 1 fl. 40 kr.
4. die Stallburschen . . . „ „ „ 1 fl. 10 kr.
5. die Vorarbeiter . . . „ „ „ 1 fl. 40 kr.
6. die Partieführer . . . „ „ „ 1 fl. 60 kr.
7. die Planierer . . . „ „ „ 1 fl. 20 kr.

haben für jede bei Tage geleistete Überstunde eine Vergütung von 10 Percent des Taglohnes und für jede bei Nacht geleistete Überstunde eine Vergütung von 15 Percent des Taglohnes zu erhalten; endlich haben

8. die bei der Hauskehrichteinsammlung verwendeten beiden Arbeiter in dem Falle, als außer den normierten Sammelwagen noch ein Aushilfswagen zur Verwendung kommt, eine Vergütung

für je zwei Überstunden im Betrage von je 10 kr. pro Überstunde zu erhalten.“

Ich bitte um Annahme dieser Anträge, nachdem damit für sämtliche Kategorien der Bediensteten, falls sie Überstunden zu leisten haben, die Bezahlung unter einem festgesetzt werde.

Gem.-Rath Purscht: Ich bin nicht gegen den Antrag; das muß ich gleich anfangs erklären. Ich möchte aber den Herrn Referenten nur fragen, ob es ihm bekannt ist, daß bei der Kehrichteinsammlung in der Stadt von einem Herrn 1 fl. 50 kr. bis 3 fl. pro Monat von den betreffenden Hauseigenthümern eingekassiert werden.

Es haben bis heute die Arbeiter diese Arbeit verrichtet und dafür ein kleines Trinkgeld bekommen. Die Sache wurde dann von einem Herrn, ich nenne ihn auch hier, weil die Sache auf Wahrheit beruht, von einem Juden namens Goldstein übernommen. Der hat die Sache ganz in Regie übernommen, bekommt für jedes Haus monatlich 1 fl. 50 kr. bis 3 fl. und verwendet acht Arbeiter dazu. Diese Zustände werden dahin führen, daß wir mit der Straßensäuberung jedenfalls draufzahlen, daß wieder dieselben Leute die Sache haben, wie bei der Transport-Gesellschaft. Es dürfen solche Übelstände unter keinen Umständen vorkommen. Ich möchte daher das Präsidium aufmerksam machen, daß man diesen Zuständen fest an den Leib geht.

Ich will Ihnen noch erwähnen, daß durch diesen Herrn jene Arbeiter entlassen worden sind, welche die kleinen Trinkgelde genommen haben.

Also unsere Arbeiter hat man entlassen und durch den betreffenden Herrn wurden andere Arbeiter angestellt. Solche Zustände dürfen bei uns absolut nicht einreißen. Ich möchte überhaupt den Herrn Referenten fragen, wer die Arbeiter aufnimmt? Wenn das der Magistrat thut, so finde ich das eigentlich nicht ganz richtig. Wenn aber jemand die Leute aufnimmt, der die Arbeiter beurtheilen kann, dann ist es richtig. Denn mir ist es vorgekommen, daß jemand gesagt hat, bei schweren Fuhrwerken werden Leute aufgestellt, welche damit nicht umgehen können. Man hat mir erklärt, daß Kutscher, die das schwere Fuhrwerk über haben, eine gewisse Praxis haben sollen, während heute Leute angestellt werden, die wie Gigerln mit Cigaretten im Munde oben sitzen und mit unserem Fuhrwerke fahren. Es muß immer darauf Rücksicht genommen werden, daß solche Leute angestellt werden, die überhaupt sich zu derartigen Arbeiten eignen. Es sind noch andere Zustände, die ich mir später anzuführen erlauben werde. Bezüglich der Straßensäuberung in eigener Regie sieht es unter diesem Regime trostlos für die Gemeinde aus, das kann ich Ihnen sagen.

Gem.-Rath Steiner: Ich will mich heute kurz fassen, weil ich glaube, daß der Herr Bürgermeister doch die Güte haben wird, das früher als sehr dringend bezeichnete Referat bezüglich der Bewertung des Kehrichts endlich auf die Tagesordnung zu stellen. Ich glaube aber, daß der Herr Bürgermeister selbst, welcher sich immer energisch gegen den Vorwurf verwahrt hat, daß es im Rathhause Factoren gibt, welche die eigene Regie discreditierten, heute vielleicht doch schon zugeben wird, daß, wenn so fortgewirtschaftet wird, weiter nichts mehr discreditiert zu werden braucht, weil schon alles discreditiert ist. Es ist die gesammte Bevölkerung darüber einig, wenn man sich die Verhältnisse im I. Bezirke betrachtet, daß es so nicht weitergehen kann und rasch Abhilfe getroffen werden muß.

Meine Herren! Haben Sie die Schneeverführung im I. Bezirke betrachtet? Wo zwei hingehören, sind zehn gestanden; wenn keine Schneewägen dort waren, haben sich die Leute gespielt und den Schnee von einer Seite auf die andere geworfen. Es war die reinste Komödie im I. Bezirke, das kann ich Sie versichern.

Bezüglich dessen, was Herr College Pürsch erwähnt hat, dürfte ein kleiner Irrthum unterlaufen sein. Ich habe schon, als das erstemal hier das Referat erstattet worden ist, ein genaues Häuserverzeichnis zur Hand gehabt und genau darauf hingewiesen, wie viel der betreffende Contrahent und früher die Transport-Gesellschaft eingenommen hat für das Kehrichtheraustragen aus denjenigen Häusern, wo die Hausbesitzer mit Rücksicht auf die in den Morgenstunden herrschende Ruhe nicht wollen, daß geläutet wird. Das hat der Magistrat mit Genehmigung des Stadtrathes an einen gewissen Dienert um 9000 fl. verpachtet. (Hört! links.) Ist das richtig? Dieser Dienert hat die Arbeiter der Gemeinde Wien bezahlt, aber keinen Kreuzer Krankengeld oder Spitalskosten, und jetzt sind zufällig einige schwer erkrankt und bekommen keinen Kreuzer Krankengeld. Wie sollen die Leute mit ihrer Familie leben? Sie sind brotlos. Das sind sehr traurige Zustände. Ich werde den Herren, wenn die Kehrichtverwertung zur Verhandlung kommt, genau nachweisen, wie viel er einnimmt, dann werden wir auf denselben Standpunkt kommen und werden den geehrten Stadtrath und das geehrte Präsidium angreifen. Man hat auch der Transport-Gesellschaft die Wasserverführung in den Vororten auf fünf Jahre vergeben. Das ist auch so ein unerhörter Vorfall. Alles zeigt, daß man darauf dringt — ich wiederhole es heute wieder — die ganze Angelegenheit der Transport-Gesellschaft in die Hände zu spielen. Wenn Sie die ganze Action betrachten, wenn Sie erwägen, wie bei der Verwertung des Kehrichts vorgegangen wird, wie das verschleppt und die ganze Angelegenheit discreditiert wird, dann ist es zweifellos, daß eine Änderung im I. Bezirke herbeigeführt werden muß. Und wenn der Herr Bürgermeister vielleicht die Güte hat, meinen Antrag zu unterstützen, dann rathe ich ihm: Sehen Sie sich gefälligst um einen anderen Bezirksvorsteher um, der die Sache energischer und mehr im Interesse der Gemeinde führt als der gegenwärtige Bezirksvorsteher im I. Bezirke. (Beifall links.)

Gem.-Rath Signer: Meine Herren! Dieser Gegenstand ist wirklich — ich habe keinen so bezeichnenden Ausdruck dafür. Wie die Straßen- und Schneereinigung, die Schneeverführung, die Leuteaufnahme, die Leuteintheilung, die Schneewagen-Überwachung u. gehandelt wird, das ist eine unerhörte Mißwirtschaft, eine schlamperte Wirtschaft vom I. bis zum XIX. Bezirke. Alle angestellten Arbeiter und Wägen sind herrenlos. Wenn mir wenigstens jemand sagen könnte, wer der Chef ist, dann bin ich bereit, meine Ausführungen abzubereiten. Gelegentlich der Schneeverwehungen und der verschiedenen Vorfälle in diesem Winter bin ich zum Beispiel zum Magistratsrath und zum Baurath gegangen, um zu erfragen, wer der Chef ist. Der Magistratsrath hat gesagt, der Baurath ist der Chef; ich bin zum Baurath gegangen, und der hat mir gesagt, der Magistratsrath ist der Chef; ein anderer wieder hat gesagt, der Bezirksvorsteher ist der Chef, und wenn Sie diesen fragen, so wird er Ihnen sagen: Ich bin nicht der Chef.

Nun sind an einem solchen Tage in allen 19 Bezirken 12- bis 14.000 Menschen und 2- bis 3000 Schneewägen beschäftigt — und so eine große Masse steht unter Leuten, die weder zu der Commune gehören, noch bei derselben angestellt sind. Das ganze Überwachungs-

personal, ob es nun zu den Straßenkehrern oder Schneeschauflern gehört, ist aus diesen Straßenkehrern oder aus den Schneeschauflern herausgenommen, und wenn so ein Partieführer zu einem Arbeiter sagt: „Du, du mußt arbeiten“ oder „Warum gehst du ins Brantweinhäufel?“ — so sagt ihm dieser — Sie entschuldigen den Ausdruck, den ich gebrauche (Rufe: Ist nicht nöthig!) — ich will den Ausdruck hier nicht vorbringen, aber so eine Antwort ist begreiflich, weil der Arbeiter vor dem Partieführer keine Achtung hat. Er entgegnet ihm gleich: „Du bist nicht mehr, als ich bin; du bist der, der ich bin.“ Er gebraucht aber auch andere Worte (Heiterkeit, Rufe: Wir wissen es schon!), ich will nur so durch die Blume sprechen. (Lebhafte Heiterkeit.) Das nennen Sie Überwachung! Die wirklichen Überwachungsorgane, die Straßenaufseher — Herr Bürgermeister, passen Sie nur auf (Heiterkeit) — sitzen in der betreffenden Bezirkskanzlei bei dem Bezirksvorsteher von 9 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und schreiben die Wochenlisten von den aufgenommenen Schneeschauflern und auch gleich die Bettellisten zur Vertheilung der Unterstützungsgelder (Gem.-Rath H a r a n e k: Wirtshaus!); ja dort auch, sie müssen ja frühstücken. In so einem Bezirke werden täglich 6- bis 700 Arbeiter und 100 Schneewägen angestellt, die von früh bis abends unter ihren Kameraden als Aufseher stehen, also gleich herrenlos sind. Die Leute bekommen eine Schaufel, und manche gehen damit nach Hause oder ins Brantweinhäufel, und abends gehen sie sich ihren Lohn holen. Die Leute werden ja nicht aufgeschrieben, sondern sie werden aufgenommen und partienweise — wie der Schafhalter seine Schafe treibt — weggeschickt. Ob sie arbeiten oder nicht, das ist Nebensache. Das nennt man in Wien, in einer Hauptstadt, die 30- bis 40.000 fl. an einem solchen Tage ausgibt, eine Wirtschaft!

Als wenn es nichts kosten würde! Da heißt es: „Der Bezirksvorsteher!“ Ja, meine Herren, der eine Bezirksvorsteher ist 60, der andere 75 Jahre alt, wie wir gehört haben nach dem Parteizettel, wie er gestorben ist. (Lebhafte Heiterkeit.) Soll der in der Früh um 6 oder 7 Uhr sich hinausstellen, wenn es schneit und wettet, bei 6, 7° Kälte und Leute aufnehmen? Das können Sie nicht verlangen. Er kommt um 10 Uhr in die Kanzlei und geht um 12 Uhr weg. Das ist die Übersicht und seine Leistung, die er bei großen Schneefällen vollbringt, und diejenigen Aufseher, welche die Übersicht haben sollen, nehmen in der Früh die Leute auf und schicken sie weg, und wenn sie damit fertig sind, so schreiben sie in der Kanzlei die Liste. Das dauert bis 12 und 1 Uhr und dann gibt der Bezirksvorsteher dem Aufseher 1000 fl. oder 2000 fl. zum Wechseln. Der Aufseher geht wechseln. In einer Stunde kommt er zurück mit Kleingeld. Jetzt zählt und fortirt er u. s. w. Dann gibt er dem Aufseher das Geld. Der hebt es auf, ich weiß nicht wo, vielleicht trägt er es bei sich, vielleicht trägt er es nach Hause. Jetzt wird es 3, 4 Uhr. Er hat den ganzen Tag keinen Arbeiter und keinen Schneewagen gesehen. Beim Auszahlen bringt der Aufseher das Geld in der Tasche. Der Bezirksausschuß stellt sich hin und schaut, wie der Aufseher auszahlt.

Nun denken Sie sich das Ausschneiden der Schneefuhren. Wer schneidet auf? Ein aufgenommener fremder Mensch! Wer ist am Hauptplatze, wo der Schnee abgelagert wird? Niemand. Wenn dort wenigstens eine tüchtige, vom Magistrate angestellte Person wäre! Denn dort ist der Hauptplatz, dort wäre der richtige Überwachungsplatz, um die Schneefuhren zu controlieren. Der jetzt dort Beschäftigte bekümmert sich nicht um die Fuhre, ob gut aufgeladen, ob schlecht aufgeladen oder abgeladen ist.

Er hat eine Hütte in der Form einer gewöhnlichen Bauhütte, nur etwas kleiner. Diese hat ein Fensterl, aber nicht größer als dieser Sitz da. Er thut nichts als immer einschneiden. Ein Wagen steht da, ein anderer wieder dort, so daß er gar nicht übersehen kann, ob die Wagen auch wirklich abgeladen wurden. Zu ihm kommt aber nicht der betreffende Kutscher anjagen, sondern dieser hat wieder einen mit, der zum Aufschneider geht. Ich komme einmal hin und sage: „Da sollte doch eine Verordnung sein, daß jeder Kutscher vor der Hütte vorbeifahren muß, bevor er abladet! Warum geschieht das nicht?“ Darauf sagt er: „Aber Herr Gemeinderath! Wenn ich was sage, da schmeißen sie mich ja in den Schnee!“ (Heiterkeit.) Das sollte doch nicht so gehandhabt werden! Also eine solche Wirtschafft ist da!

Jetzt sagte ich zu ihm: „Warum schneiden Sie da in der inneren Hütte auf! Warum lassen Sie die Wagen nicht vor der Hütte vorbeifahren?“ — „Ja, ich darf nichts reden,“ sagte er, „ich muß aufschneiden.“ Das nennt man eine Organisation! (Heiterkeit.) Wenn Sie mit dieser Mißwirtschaft noch länger so fortfahren, dann muß die Commune Wien, und wenn sie noch soviel Federn hat, auf das Stroh herunterkommen, und nicht einmal Stroh wird sie mehr haben.

Wenn ein gewöhnlicher Geschäftsmann so fortwirtschaftet, wie da gewirtschaftet wird, so muß er zugrunde gehen, da ist keine Rettung vorhanden, die Flut muß ihn wegschwemmen. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wenn Sie dann diese Wirtschafft mit dem Schneeebladen anschauen! Jeder ladet ab, wo er will: auf der Straße, der eine dahin, der andere dorthin. Wenn ein Schneeeablagerungsplatz ausfindig gemacht wurde, wo der Schnee abgeladen werden soll, so müssen früher, ehe der Schnee hingeführt wird, Vorrichtungen getroffen werden. Es müssen Vertiefungen, Rinnen gemacht werden, wo die Wagen hineinfahren. Es muß dort jemand sein, dem sich jeder zu unterwerfen hat. Jeder muß dort hinfahren, wo der es ihm sagt. So aber sagt so ein Schneeschaufler: „Was, du willst mir was sagen?“ — und gibt ihm einen gewissen Ausdruck (Heiterkeit) und so geht es weiter.

Herr Bürgermeister, ich will erwähnen, daß auf den Schneeeabladeplätzen ein Organ, das von der Commune Wien angestellt ist, fungieren soll, und da will ich Organe namhaft machen, die in jedem Bezirke vorhanden sind, nämlich die Bauaufseher bei der Bauamtsabtheilung. (Zwischenruf.) Ich bitte, Herr St.-R. Dr. Kolberg . . .

Vize-Bürgermeister Mahenauer (unterbrechend): Ich bitte, die Apostrophierung einzelner Collegen zu unterlassen.

Gem.-Rath Sagner (fortfahrend): Diese Bauaufseher haben im Winter nichts zu thun, wenn sie keine schriftlichen Arbeiten haben. Einen Bau können sie ja bei dem Schneewetter nicht überwachen. Also man stelle Sie dorthin, und die werden sich dort schon etwas Respect verschaffen. Man wird wissen, daß der Betreffende bei der Commune angestellt ist, und die Commune Wien wird veranlassen, daß ein berittener Sicherheitswachmann dort ist. Wenn ein Kutscher den Anordnungen nicht folgt und mit der Schneeladung nicht dorthin fährt, wo er abladen soll, wird man mit dem Aufschneiden ein bißchen vorsichtiger sein.

Aber das geschieht nicht. Es wird ganz x-beliebig aufgeschnitten. Ein Bauunternehmer, ein Unternehmer einer Bahn oder sonstiger anderer größerer Bauten wird, wenn er jemandem das Aufschneiden übergibt, der das Material übernimmt, sich ganz genau anschauen,

wer der Betreffende ist. Er wird sich erkundigen, wo er war, ob er ein ehrlicher, braver Mensch ist, ich will nicht sagen, daß die anderen nicht auch ehrlich sind, aber sie haben nicht die Gabe, als Aufseher und Aufschneider von so vielen Arbeitern sich Respect zu verschaffen. Schauen Sie sich einmal an, wie die Schneewagen beladen sind. Wenn Sie die Schneefuhren zusammenzählen, können Sie annehmen, daß ein Drittel derselben zuviel ausbezahlt wird, die nicht ausbezahlt werden sollen. Es ist niemand da, wenn die Schneewagen aufgeladen werden. Die Bretter sind nicht in der richtigen Dimension, Höhe, Breite und Länge, vorne und rückwärts die Schubler zusammengestellt, sondern er stellt die Bretter nach Belieben ein. Diese Wagen fahren öffentlich vor den Amtsgebäuden, den Straßenaufsehern vorüber, und kein Mensch ist da, der das Recht hätte, zu sagen: du Kutscher, dir wird nicht aufgeschnitten. Der Kutscher fährt so fort, er weiß, daß dieser Schendrian eingerissen ist, man kann ihm nichts machen. Er thut es mit Vorliebe. Und wenn man ihm etwas sagt, so können Sie hören, daß er fragt, wer hat denn da anzuschaffen? Grobheiten können Sie haben.

Herr Bürgermeister, solange nicht die Organisation der Straßenreinigung, der Beschotterung, der Schneeverföhrung den Bezirksvorstehern weggenommen und die Sache als selbständiges Amt organisiert wird, geht es nicht. Eine Gasanstalt hat die Commune noch nicht, aber eine Beleuchtungs-Abtheilung im Bauamte, dessen Agenden sich nur darauf beziehen zu constatieren, daß in einem Locale sovieljoviel Kohre oder Flammen angebracht werden. Dazu haben Sie beinahe ein ganzes Bauamt unten, einen Oberingenieur, einen Baurath u. s. w., und das ganze macht im Jahre vielleicht 50.000 fl., während die Summe für die Straßenföhrung nach Millionen geht. Das heißt wirklich, das Geld hinauswerfen.

Es wird von den Bezirksvorstehern gesprochen. Der ist zum Beispiel ein kleiner Hausherr, oder sagen wir, er ist ein Greisler, ein Schuhmacher (Rufe: Wahlmacher! — Heiterkeit), ein Tischlermeister, ein Schlossermeister. Sagen Sie mir, meine Herren, ist es denn möglich, mit diesen Leuten eine solche Organisation durchzuführen? Das ist nicht möglich, das können Sie von ihnen nicht verlangen. Wenn man sagt, was werden die Bezirksvorsteher sagen, so glaube ich, die Bezirksvorsteher werden, wenn man ihnen diese Last wegnimmt und die Sache so organisiert wie die Feuerwehr, froh sein und werden ein Dankschreiben an den Bürgermeister überreichen. Wenn das geschehen ist, wird man von den Bezirksvorstehern gar nichts mehr brauchen, die Organisation ist ganz fertig.

In jedem Bezirke sind zwei Straßenaufseher, man braucht da nichts dazugeben, als einen Straßen-Inspector. Geben Sie dem welchen Titel Sie wollen: Straßen-Inspector oder Oberaufseher.

Die Sache ist so durchzuführen: Nehmen wir an, es schneit und es wäre ein Unwetter. Ich bin Straßen-Inspector (Heiterkeit), R. und A. sind Aufseher. Nun schneit es. In der Früh müssen die Straßenaufseher, die Arbeiter dorthin kommen, wo ich meine Kanzlei habe, wo die Schaufeln und Werkzeuge ausgefolgt werden. Diese Leute müssen in Partien eingetheilt werden, zum Beispiel 1, 2, 3, 4, 5, 6, oder a, b, c, d, oder Wenzel, Berger, oder wie die Leute alle heißen. (Heiterkeit.)

Vize-Bürgermeister Mahenauer (unterbrechend): Darf ich einen Augenblick bitten. Ich will Sie nicht in der Redefreiheit

beschränken, aber ich möchte mir doch erlauben, darauf aufmerksam zu machen, daß es sich jetzt um die Frage der Entlohnung der Überwunden handelt, und daß man daher nicht ganze Abhandlungen über einen ganz anderen Gegenstand halten darf. (Rufe links: Das ist sehr instructiv!)

Gem.-Rath Signer: Ich bin gleich fertig, Herr Bürgermeister!

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Man kann ja sehr interessant reden, aber es geht nicht an, daß man bei einem Gegenstande ganz andere Fragen aufrollt, denn dann würde man überhaupt nie zu Ende kommen.

Gem.-Rath Signer: Ich bin sofort fertig und will Sie nicht mehr lange belästigen. Ich will nur einen Punkt noch berühren: Also ich bin der Straßen-Inspector (Stürmische Heiterkeit) und zwei Herren sind die Straßenaufseher. Jetzt bekommt die Partie 1, bestehend aus sechs gewöhnlichen Straßenkehrern, eine Verstärkung von sechs Mann; aus denen wird der Partieführer herausgenommen und die anderen kriegen einen neuen, weil der mehr versteht. Aus der alten Partie wird ein besserer herausgenommen, der kriegt die alte Partie, und dann heißt es, ihr arbeitet von der Linie weg, ihr arbeitet herunter; stoßen die zwei Parteien dann zusammen, so arbeitet die eine Partie in den Seitengassen rechts, die andere links.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich möchte Sie doch bitten, meinem Eruchen Folge zu geben und nicht immer mehr vom Gegenstande des Referates abzuschweifen. Ich ersuche also, doch bei der Sache zu bleiben.

Gem.-Rath Signer: Ich weiß nicht — wenn man Thatfachen rügt, die wirklich so bestehen und die nothwendig geändert werden müssen, wird man immer unterbrochen, man darf das hier nicht öffentlich sagen. Man soll nur immer Ja oder Nein sagen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer (unterbrechend): Es ist meine Pflicht als Vorsitzender, dafür zu sorgen, daß zu dem Gegenstande gesprochen werde, der zum Referate steht.

Gem.-Rath Signer (fortfahrend): Der Gegenstand gehört auch dazu, Herr Vice-Bürgermeister, ganz bestimmt. Es wird eine Partie Arbeiter um die andere fortgehen und diese Straßenaufseher werden mit den Parteien sofort mitgehen. Wenn Sie es so einrichten, wie ich Ihnen sage, dann wird keine Partie ohne Aufsicht sein; der Mann wird dann alles übersehen, die Schneepflüge, die Arbeiter u. s. f., und wenn ich die Arbeiter alle aufgenommen habe und wenn sie bei der Arbeit sind, dann gehe ich selbst und controliere ich noch als Inspector. (Heiterkeit.) Finde ich etwas, was nicht richtig ist, so stelle ich es ab. Es ist auch diesen Straßenaufsehern eingeräumt, wenn sie Verbesserungen für nothwendig halten, diese vorzunehmen. So fahren z. B. in einem Bezirke sechs Schneepflüge den ganzen Tag herum. Wenn Sie das nur anschauen würden, Herr Vice-Bürgermeister. Kommen Sie einmal mit. (Heiterkeit.) Diese ganze Arbeit ist nicht einmal 10 fl. wert, und diese Schneepflüge kosten allein täglich 100 fl. Ich glaube, da kann man doch wohl etwas darüber sprechen. Dann ist es vorgekommen, daß Schneepflüge den ganzen Tag herumgefahren sind, wenn gar kein Schnee gefallen ist. Da kommen die Steuerträger zu einem und sagen: „Wozu sind Sie denn gewählt, warum schauen Sie sich nicht um?“ Als ob ich das alles thun könnte; ich kann es nicht thun, denn ich habe nicht die Kraft dazu.

Bitte, lassen Sie mir einmal einen Bezirk über, übergeben Sie mir einen Bezirk (Heiterkeit. — Bravo!) Unentgeltlich mache

ich Ihnen das. Ich werde aber der erste und der letzte dort sein. Dann werde ich Probe leisten, und Sie werden sehen, daß ich das durchführe.

So steht es auch mit der Straßenkehrertabfuhr. Wenn da das Präsidium hinausgehen (Heiterkeit) und praktische Leute einer zu bildenden Commission beiziehen würde, so würden solche Plutzer nicht vorkommen. Mir ist ein praktischer Mensch, der das machen würde, lieber als ein Theoretiker. Ein Theoretiker, der sich auf ein solches Gebiet begibt, kann das nicht ausführen, er ist nicht fähig dazu. Das wäre gerade so, wie wenn ich französisch sprechen wollte (Heiterkeit) und habe es nicht gelernt. Aber ich ersuche den Herrn Bürgermeister nochmals, er möge die Organisation der Straßenreinigung in diesem Sinne durchführen, und Sie werden sehen, im nächsten Winter ist alles ganz anders. In einem Winter haben Sie das Geld hereingebracht. Diese Reorganisation kostet, wenn sie 19 Straßen-Inspectoren zu jährlich 1000 fl. rechnen, 19.000 fl., und wenn ein Oberinspector noch 2- bis 3000 fl. bekommt, so kostet das ganze 21.000 fl. Das bringen Sie schon bei den Schneefuhren herein, und bei den Arbeitern, die herumstehen und nichts thun, bringen Sie 60.000 fl. herein. Die schauen immer, wo kein Schnee ist, und wo Schnee ist, dort machen sie nichts.

Ich schließe, indem ich Sie versichere, daß die Angaben, welche ich gemacht habe, auf Wahrheit beruhen, und wenn es jemand bezweifelt, so möge er mit mir gehen, wenn Schnee ist, und ich werde ihn an Ort und Stelle hinführen. Wenn Sie eine solche Reorganisation durchführen, und wenn das Präsidium einige Herren aus dem Gemeinderathe beizieht, ich will nicht gerade sagen, mich — vielleicht sind noch gescheiterte da (Lebhafte Heiterkeit) — dann werden sich die Verhältnisse bessern.

Aber diesem Zustande, wie er heute ist, wünsche ich ein Ende bereitet zu sehen. Sonst können Sie noch so viel Steuern ausschreiben und es nützt alles nichts. Das wird verausgabt und vergraben. Mit diesen Worten schließe ich. (Beifall links.)

Gem.-Rath Frauenberger: Ich werde mich sehr kurz fassen. So lange die Kehrfrage überhaupt nicht geregelt ist, sollte man, glaube ich, mit so kleinen Referaten, welche zierweise etwas durchführen wollen, gar nicht kommen. Zuerst müssen wir die Kehrfrage überhaupt lösen. Aber die Kehrfrage wird studiert und wird so lange studiert, daß ich beinahe fürchte, der Betreffende, der sie studiert, wird schließlich nichts herausbringen. Ich werde es mit großer Freude begrüßen, wenn dieser alte Student einmal mit der Kehrfrage fertig wird. Dann, wenn die Kehrfrage durchgeführt ist, muß unbedingt ein Arbeitsamt geschaffen werden, es muß Ordnung in die Sache kommen. In jedem Bezirke wird anders gearbeitet; in der Inneren Stadt haben wir ja leghin gesehen, wie es zugeht. Wenn es anfängt zu schneien, sind so viele Leute da, es wird beinahe jeder Schneeflocke nachgelaufen, es wird sofort alles gereinigt. Das ist sehr gut, es darf aber auch nicht übertrieben werden. Da haben sie zum Beispiel auf der Ringstraße zwischen den Bäumen den Schnee noch herausgestochert und hervorgebracht, wie es schon geregnet hat. Ich habe den Leuten gesagt: Wartet noch zwei Stunden, dann ist der Schnee weg. Nein, sie haben ihn aufgeladen und weggeführt und es ist durchgeronnen auf allen Seiten.

Das möchte ich bezüglich der Inneren Stadt erwähnen.

Vor einigen Tagen, ich glaube diesen Montag erst, sind Kehrmaschinen um 1/2 12 Uhr nachts gefahren. Da waren die

Straßen so schön trocken, ich habe nirgends ein bißchen Schmutz gesehen. Das ist überflüssig, solche Dinge dürfen nicht vorkommen, sonst kommen Sie nicht mit dem Personale, nicht mit den Pferden aus. Das muß einheitlich werden. Alles zu seiner Zeit, wie es der praktische Mensch macht. Wenn aber ein Arbeitsamt geschaffen wird, dann darf man nicht an die Spitze dieses Amtes wieder einen Menschen mit einem ungeheuren Titel stellen, damit dieser Mensch nicht von vornherein eine Menge anderer Untergebener braucht, sondern man muß es einführen, ungefähr wie es im Lagerhause ist: praktische Leute, die sich ihre Leute selbst aufnehmen und entlassen können; einheitlich muß gearbeitet werden.

In den Bezirken kommt es wieder auf den Bezirksvorsteher an. Der eine Vorstand ist rühriger, tüchtiger und läßt sich die Sache mehr angelegen sein. Da wird alles sehr gut durchgeführt. In anderen Bezirken wieder ist es umgekehrt der Fall, wird schlechter gearbeitet. Es muß ein einheitliches System geschaffen werden. Das kann man nur erreichen, wenn ein Arbeitsamt gegründet wird, dem ein tüchtiger Mensch vorsteht. Wir haben hier eine Ausarbeitung bekommen, als wir dieses Straßensäuberungs-Referat berathen haben, ausgearbeitet von demjenigen, der an der Spitze dieser Arbeiten steht, der sie auch bei der Transport-Gesellschaft gemacht hat.

Ich habe diese Zusammenstellungen hier. Er hat uns berechnet, daß er mit 34 Paar Pferden die ganze Arbeit macht. Gut! 34 Paar Pferde! Gleich darauf hat er noch 4 Paare verlangt. 38 Paar Pferde! Jetzt verlangt er noch 8 Paar Pferde. 46 Paar Pferde! Was geht daraus hervor? Entweder, daß er die Sache nicht versteht, ihr nicht gewachsen ist, oder aber, daß er das vielleicht in einer Weise durchführen will, wie sie die tatsächlichen Bedürfnisse übersteigt. Das wollen wir ja auch nicht! Wir wollen nur die Straßen gründlich reinigen, aber eine Spielerei vornehmen, wollen wir nicht. Sehen Sie, meine Herren, jetzt haben Sie dieses Referat wegen der Überstunden. Das muß alles zur richtigen Zeit und zusammen dem Gemeinderathe vorgelegt werden. Diese Leute werden hier, soviel ich weiß, ziemlich gut bezahlt. Sie haben ja 1 fl. 60 kr. pro Tag, das sind 48 fl. pro Monat. Sie haben Leute mit 1 fl. 40 kr. pro Tag, das sind 42 fl. pro Monat. Wie kommen Sie nun auf einmal nach so kurzer Zeit mit einem solchen Referate? Da müssen Sie dem Chef der betreffenden Abtheilung den Rath erteilen: Jetzt muß man zuwarten, muß die Sache eine zeitlang probieren, damit man sieht, wie es geht, wie sich das Ding machen wird, und dann werden wir mehr verlangen. Jetzt kommt das zu einer ganz unpassenden Zeit.

Ich stelle daher ohne weitere Begründung den einfachen Antrag auf Vertagung des Referates und bitte, denselben zur Abstimmung zu bringen.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Zur Vertagung der Herr Referent.

Referent: Ich muß die Herren doch bitten, den Anträgen ihre Zustimmung zu geben. Diese Arbeiter sind ja da, und wenn sie Überstunden machen müssen, so müssen sie auch entlohnt werden; denen ist damit nicht geholfen, wenn die einfache Vertagung angenommen wird. Wenn jemand 1 fl. 60 kr. hat, der den ganzen Tag und während der Nachtzeit auf der Straße steht, so ist das wohl eine Entlohnung, die niemand zu hoch finden kann, und wenn nun einer zwei, drei Stunden mehr arbeiten muß, so muß er doch auch dafür bezahlt werden. Durch die Annahme dieses Antrages haben Sie principiell bestimmt, daß bei Tag 10 Percent,

bei Nacht 15 Percent des gewöhnlichen Arbeitslohnes für Überstunden gelten. Ich glaube, daß das gewiß nicht zu hoch ist. Es hat ja auch gar niemand gegen die Höhe der Entlohnung gesprochen. Ich möchte Sie also bitten, auf die Vertagung nicht einzugehen, sondern den Antrag des Stadtrathes anzunehmen.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte jene Herren, welche mit der Vertagung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Es ist die Minorität; wir fahren in der Debatte fort.

Gem.-Rath Lang: Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um die Vorwürfe, welche der Herr Gem.-Rath Steiner gegen den Bezirksvorsteher des I. Bezirkes erhoben hat, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. (Lärm links.) Meine Herren, es ist eine anerkannte Thatsache (Lärm links), daß der Bezirksvorsteher des I. Bezirkes . . . (Lärm links.)

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte, den Herrn Redner sprechen zu lassen; es ist ja so ein Lärm, daß man niemanden hören kann.

Gem.-Rath Lang (fortfahrend): . . . daß der Vorsteher des I. Bezirkes (Lärm links) in ausgezeichnete Weise seines Amtes waltet. Der Herr Bezirksvorsteher (Lärm links) — Sie bringen mich gar nicht aus der Fassung (Lärm links); das geniert mich absolut nicht, wenn Sie noch so unterbrechen (Lärm links), mir ist das ganz gleichgiltig. — Sie finden den Bezirksvorsteher des I. Bezirkes in den frühen Morgenstunden (Lärm links) und in später Abendstunde auf den Straßen (Lärm links); Sie finden ihn auch des nachts dort (Lärm links). — Ich glaube doch, daß die Scenen, welche Sie jetzt aufführen, nicht würdig sind des Wiener Gemeinderathes. — Sie finden auch den Vorsteher des I. Bezirkes . . . (Lärm links.)

Vize-Bürgermeister Mahenauer (zur linken Seite des Hauses gewendet): Meine Herren! So lassen Sie doch den Herrn Redner sprechen.

Gem.-Rath Lang (fortfahrend): An solche unwürdige Schauspiele von ihrer Seite ist man gewöhnt. (Lärm links.) Sie finden auch den Herrn Bezirksvorsteher des I. Bezirkes spät nachts auf den Straßen (Lärm links), um die Arbeiten zu controlieren. Ich erkläre nun, daß ich es für meine Pflicht halte (Lärm links), solche . . . (Lärm links.) — Meine Herren! Wir haben schon vieles erlebt (Lärm links), aber solche wiederholte unwürdige Scenen (Lärm links) sind nur auf Ihrer Seite zu finden (Lärm links), aber nicht auf unserer Seite. (Lärm links.) — Ich weise demnach nochmals die Anwürfe gegen den Bezirksvorsteher des I. Bezirkes mit aller Entschiedenheit zurück (Lärm links) und erkläre, daß solche unwahre Darstellungen nur vorgebracht werden (Lärm links), um die Wählerschaft und die Bevölkerung irre zu führen (Lärm links), und gegen solche Irreführungen muß jeder, der es ehrlich mit seiner Vaterstadt meint, auf das entschiedenste auftreten. (Andauernder Lärm links, lebhafter Beifall rechts.)

Bürgermeister: Meine verehrten Herren! Die Redefreiheit in diesem Hause wird jedenfalls in einer eigenthümlichen Weise gewahrt. Es ist gewiß gar kein Zweifel, daß neun zehntel von dem, was Herr Gem.-Rath Eigner angeführt hat und auch ein Theil desjenigen, was Herr Gem.-Rath Steiner angeführt hat, zur Sache nicht gehört. (Gem.-Rath Steiner: Aber wahr ist es!) Ja, wahr ist sehr viel, aber wenn Sie alles anführen wollen, was wahr ist, so kämen wir nicht mit zwei Sitzungen in der Woche aus, sondern würden täglich Sitzungen brauchen. Ich

will nicht polemisieren, sondern nur sagen, daß von dieser (linken) Seite alles ruhig vorgebracht werden konnte, während die Herren es absolut nicht vertragen, daß von der anderen (rechten) Seite Gegenbemerkungen ihnen entgegengestellt werden. (Bravo! rechts.) Ich weiß nicht, wie ich mir das auslegen soll, ist das Nervosität oder Unduldsamkeit, ich verstehe das nicht. (Zwischenrufe.)

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte Zwischenrufe zu unterlassen!

Bürgermeister: Meine Herren! Zur Sache selbst habe ich folgendes zu bemerken: Wir haben den Herrn Gem.-Rath Eigner gehört, wie er als Reformator sich die Sache vorstellt, er hat aber wenig Glück dabei, das habe ich erfahren. (Ruf links: Er will ein Inspector werden!) Bis heute ist er es noch nicht. (Heiterkeit.) Zuerst hat er seine Aufmerksamkeit einem äußeren Bezirke zugewendet und ist über die Eindrücke, die er draußen empfangen hat, gar sehr entrüstet gewesen, und in dieser Stimmung ist er zu dem betreffenden Bezirksvorsteher gekommen und hat in dieser seiner wahrscheinlich etwas erregten Stimmung dem dortigen Bezirksvorsteher, der ihm sonst nach seiner ganzen Gesinnung sehr nahe steht und dem gegenüber er zu einer gewissen Rücksicht, zu einer gewissen Collegialität verpflichtet wäre, rüchhaltlos seiner Verstimmlung Ausdruck gegeben, so zwar, daß der betreffende Bezirksvorsteher zu mir gekommen ist und sagte: „Herr Bürgermeister! Schützen Sie mich! (Heiterkeit.) Ich lasse mir das nicht gefallen, wenn mir das noch einmal passiert, so werde ich anders vorgehen. Ich werde mir die Fortsetzung dieser Vorlesungen nicht gefallen lassen.“

Ich habe den Herrn Bezirksvorsteher beruhigt. „Schauen Sie,“ sagte ich zu ihm, „diese Schneefälle jetzt sind geradezu eine Katastrophe. Herr Gem.-Rath Eigner hat es sich auch so zu Herzen genommen. Ich weiß, er ist sehr sparsam, er kann es nicht leiden, wenn man unnütz Geld hinauswirft, er thut es ja auch nicht gern!“ (Heiterkeit.) So ist der Friede zwischen diesen beiden Männern wieder hergestellt worden. Aber jetzt ist Herr Gem.-Rath Eigner in die Innere Stadt hinein, ich vermuthe wenigstens, daß er von der Inneren Stadt gesprochen hat. (Rufe links: Gewiß!) Also, es ist doch richtig. Nun sehen Sie, meine Herren! Wer soll denn da sofort widersprechen? Ich müßte ja nicht nur das Magistratsdepartement, in dem der Gegenstand läuft, nicht nur das Baudepartement, in dem der Gegenstand läuft, nicht nur die betreffenden provisorisch angestellten Beamten, die in diesem sogenannten Arbeitsamte thätig sind, sondern auch die betreffenden Arbeiter in die Sitzung herbringen, dem Herrn Gem.-Rathe Eigner gegenüberstellen und zu ihnen sagen: „Hören Sie an, was Herr Gem.-Rath Eigner hier sagt. Ist das richtig in allen seinen Details oder nicht? Waren Sie wirklich so ohnmächtig gegenüber diesen übermüthigen Schneefuhrleuten oder ist es nicht vielleicht ein bißchen übertrieben?“ — wie es ja bei solchen Affairen möglich ist.

Meine Herren! Gewiß ist es, daß bei derlei außergewöhnlichen Gelegenheiten, bei solchen Elementarereignissen, wo ja an die betreffenden Bezirksvorsteher und ihre Leute geradezu ein außerordentlicher Aufsturm herankommt, ungewöhnliche Anforderungen in Bezug auf Dispositionen, Aufnahme u. s. f. gestellt werden. Aber, meine Herren, ich höre das erstmal heute eine solche Kritik über die Arbeiten im I. Bezirke. Ich, meine Herren, habe mich persönlich überzeugt, daß der Herr Bezirksvorsteher des I. Bezirkes in frühester Morgenstunde selbst thätig, selbst auf der Gasse war, bei den Leuten Dispositionen getroffen und ihnen Plätze angewiesen, mit den Fuhrleuten verhandelt und jede Erscheinung, die

da vorgekommen ist und nicht genau den Vorschriften entsprochen hat, in schärfster Weise gerügt hat. Er hat die unangenehmsten Conflicte gehabt, die wieder in meinem Bureau weiter spielten. Der Herr Bezirksvorsteher des I. Bezirkes ist mit der größten Energie vorgegangen (Beifall rechts), und ich muß sagen, ich habe mir nicht vorgestellt, daß dieser Mann, der nicht mehr so jung ist, diese Elasticität, diese Energie, diese Thätigkeit an den Tag legt. (Beifall rechts.) Trotzdem ist es möglich, daß die Gemeinde benachtheiligt wird, daß ein Wagen nicht so beladen ist, wie er sein sollte. Der Herr Gem.-Rath Eigner spricht immer nur von jenen Wägen, die er sieht. Wenn er nun wirklich Inspector würde, er würde auch nicht alle Wägen in der Weise controlieren können, wie es nothwendig wäre. Er kann auch nur einige wenige sehen, die anderen nicht, und es würde ihm wahrscheinlich passieren, daß jemand kommt und zu ihm sagt: „Herr Inspector, was ist's mit dem Wagen, ist der wirklich so beladen, wie er beladen sein soll, wie gefällt Ihnen der?“

Also, meine Herren, eine solche Bemänglung ist leicht möglich, und ich füge noch hinzu, ich gebe zu, es kann sein, daß einiges von dem ganz richtig ist. (Rufe links: Alles!) Also, meine Herren, ich kann das nicht bestreiten, weil ich es nicht weiß und weil ich auf den Abladeplätzen thatsächlich nicht war.

Ich kann nur sagen, ich habe mich erkundigt, wie controliert wird. Es ist mir ein specieller Fall angeführt worden, wo ein Fuhrmann für fünf, sechs Fuhren mehr Entlohnung verlangt hat, und es hat dann die Controle so geklappt, daß es geradezu ein Vergnügen war. Es hat sich gezeigt, daß er den Anspruch nicht erweisen kann, weil er die Einschnitte auf dem Robisch nicht nachweisen konnte, und es hat sich herausgestellt, daß er die Arbeit wirklich nicht geleistet hat. Ich kann nur sagen, es wurde bei diesen Arbeiten die beste Absicht, der größte Fleiß und Eifer an den Tag gelegt, sowohl seitens des Bezirksvorstehers selbst als der Organe, und wenn bei einer so ungewöhnlichen Arbeit, die auf einmal hereinbricht und die alle Leute eigentlich ungeübt trifft, gewisse Unregelmäßigkeiten und Ungenauigkeiten vorkommen, so erkläre ich Ihnen, wenn Sie Engel vom Himmel herunterstellen, die die Arbeit controlieren sollen, so würde es auch diesen passieren, daß gewisse Übervortheilungen und Unregelmäßigkeiten vorkommen. Das ist menschlich, das werden Sie nicht abschaffen.

Nun aber, meine Herren, wenn der Gemeinderath die eigene Regie will, dann darf er sie auch nicht mit einer solchen Debatte, wie sie hier geführt wird, ad absurdum führen. Meine Herren! Das geht zu weit, daß ein Gemeinderath sich darauf einläßt, wie ein Vorredner von dieser Seite, zu beurtheilen ob an einem bestimmten Tage, bei einem bestimmten Zustande der Straßen mit der Trommel gefahren werden soll oder nicht, und meint, da haben die Leute wieder einen Fehler gemacht, an dem Tage hätte nicht gekehrt werden sollen, die Straßen waren ohnedies ganz rein. So kommen wir auf den Standpunkt des Dorfes zurück, wo die Laternen nicht angezündet werden, wenn Vollmond im Kalender steht (Beifall rechts. — Widerspruch links), da können wir uns allerdings die Sache sehr billig machen.

Dann müssen Sie sich jemanden bestellen, der täglich bestimmt, ob gekehrt werden soll oder nicht. (Gem.-Rath Eigner: Ja, das ist richtig!)

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte, nicht fortwährend zu unterbrechen.

Bürgermeister (fortfahrend): Ob das Publicum damit zufrieden sein wird oder ob eine solche Verwaltung den Ansprüchen nachkommt, die bis jetzt immer, in Bezug auf die Straßenreinigung gestellt wurden, weiß ich nicht.

Endlich noch ein Widerspruch. Es wurde gesagt, ein Arbeitsamt muß eingesetzt werden. Gut! Erinnern Sie sich, bei der Verathung im vorigen Jahre im Sommer wurde die eigene Regie eingeführt und der Antrag gestellt, es sollen die betreffenden Beamten, die früher bei der Transport-Gesellschaft waren, in den Dienst der Gemeinde übernommen werden mit denselben Bezügen, also dasselbe Personal mit denselben Arbeiten u. s. f. Da hat es geheißen, ja wozu denn? Wozu sind die Bezirksvorsteher und wozu ist die Bezirksvertretung da? Warum sollen wir jetzt Arbeiter und Beamte anstellen und eine Masse Geld ausgeben? Das ist doch ganz überflüssig; dies würde die eigene Regie discreditiern und vertheuern. Heute aber auf einmal sagt man, das geht nicht. Damals war es nahe daran, daß diese Anträge abgelehnt worden wären, welche die Anstellung desselben Personales, das bei der Transport-Gesellschaft war, die gewiß nicht das Geld hinausgeworfen hat, betrafen. Heute ist wieder allseits der Wunsch: ein Arbeitsamt. Gut! Was wird aber heute beantragt?

Man will den Arbeitern, welche Überstunden arbeiten und die eine Entlohnung von 1 fl. 10 kr., 1 fl. 20 kr., 1 fl. 40 kr. oder 1 fl. 60 kr. beziehen, die schon in aller Frühe auf der Straße sein müssen . . . (Unterbrechung und Rufe links: Das sagt ja niemand!) Nein? Dann ist es gut. Also jenen Arbeitern will man 10 bis 15 Percent für die Überstunden geben, weil der Mann sich sonst nicht ernähren kann. Jetzt ist man aber dagegen. (Rufe links: O nein, wir sind dafür!) Also, ich bitte, ich anerkenne das dankbar, es ist aber auch das bekämpft worden; da sehen Sie, wie schwer es ist, die Verwaltung zu führen.

Die Annahme des Referates ist heute nothwendig, weil man wissen muß, was diese Leute zu bekommen haben und weil sie es auch wissen wollen.

Was die größere Frage, die Organisirung der Kehrichtabfuhr in der Inneren Stadt, betrifft, so wird der Herr Vorredner wissen, daß diese Frage in ein sehr actuelles Stadium getreten ist, so daß sie bald eine positive Form annehmen wird, und daß es mich sehr freuen wird, dieselbe gleichfalls vor den Gemeinderath bringen zu können. Dann möchte ich aber bitten, dieselbe mit etwas mehr Wohlwollen in Behandlung zu nehmen, als heute das Referat des Herrn Gem.-Rathes Schneiderhan. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Mechansky (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Es ist der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Die Herren, welche damit einverstanden sind, wollen sich erheben. (Geschlacht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist mit 35 Stimmen angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Gfrörner, Dr. Geßmann, Steiner, Sebastian Grünbeck, Herrdeggen, Hawranek, Weitmann, Gregorig, Frauenberger, Kaufner und Eigner.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 1/9 Uhr abends.)

Stadtrath.

B e r i c h t

über die Stadtraths-Sitzung vom **21. Jänner 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Mahenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Matthias,
Boschan, Mayer,
v. Götz, Dr. Mechansky,
Dr. Hackenberg, v. Neumann,
Dr. Huber, Schlechter,
Dr. Klogberg, Schneiderhan,
Kreindl, Dr. Vogler,
Dr. Lederer, Wigelsberger,
Dr. Püeger, Wurm.
Bürgermeister Dr. Gröbl.

Entschuldigt: St.-R. Müller, Stiaßny.

Beurlaubt: St.-R. Baugoin,

Krank: St.-R. Rücauf.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Mahenauer eröffnet die Sitzung und theilt nachstehendes mit:

Die St.-R. Müller und Stiaßny entschuldigen ihr Fernbleiben.

St.-R. Baugoin ist für die Dauer eines Monates beurlaubt. (Zur Kenntniss.)

(184.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Ansuchen des Pflasterermeisters Franz Walz um Preisaufbesserung für die Steinzufuhr anlässlich der Pflasterung des Hauptplatzes in Hieging, XIII. Bezirk, und beantragt, die Erhöhung des Kostenanschlagspreises von 10 fl. auf 15 fl. per 1000 Stück abzuweisen. (Angenommen.)

(369.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Adolf Seidler noc. des Hieginger Verschönerungsvereines um Zustimmung zu den Statuten und beantragt, die Gemeinde erklärt sich mit den im § 14 der Statuten enthaltenen Bestimmungen einverstanden, wenn die Abänderung der Bestimmungen des § 1 der bezeichneten Statuten in der Weise geändert wird, daß die Übernahme einzelner vom projectierten Hieginger Verschönerungsvereine ausgeführten Anpflanzungen und sonstigen Herstellungen in die Erhaltung und Pflege der Gemeinde Wien von Fall zu Fall einer besonderen Entscheidung vorbehalten wird.

St.-R. Dr. Huber beantragt, beizufügen, daß die Gemeinde in eine Prüfung der übrigen Punkte nicht eingehe.

Referenten-Antrag angenommen.

Antrag Dr. Huber abgelehnt.

(97.) **Derselbe** referiert neuerlich über das Anbot des Friedrich Baumann auf den Ankauf eines Theiles der Parzellen 15/7 und 20/5 Speifing und beantragt, bei dem früheren Beschlusse, einen Kaufpreis von 300 fl. zu verlangen, zu beharren. (Angenommen.)

(450.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XIII. Bezirke und beantragt die Ertheilung der Zusicherung an:

Rieß Julius Heinrich, Hauseigenthümer und Kaufmann;
Wolf Johann, Tagelöhner;

Branco Walter, Erzeuger chemischer Producte;

Eigenberger Franz, Brauergeselle;

Pörtl Josef, Gemischtwaren-Verschleißer. (Angenommen.)

(428.) **St.-R. Mattthes** referiert über die Offerte des Franz Nowak, gegen eine Entschädigungssumme von 50.000 fl. das Haus III., Hauptstraße 18, zu demolieren und den entfallenden Straßengrund der Gemeinde Wien zur Verfügung zu stellen, und beantragt:

1. dieses Anbot mit Rücksicht auf die Höhe des Betrages abzulehnen;

2. diese Eingabe dem hohen k. k. Ministerium des Innern als Beilage zu dem dortselbst anhängigen Recurse der Gemeinde Wien vorzulegen. (Angenommen.)

(434.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über die Kostenüberschreitung für die Reparatur der Fahrspitze und des Wasserwagens der Feuerwehr in Neustift a. W. und beantragt, diese Überschreitung im bedeckten Betrage von 136 fl. 97 kr. zu genehmigen.

(Angenommen.)

(411.) **Derselbe** referiert über einen Commissionsgebührenrückstand per 2 fl. nach Anton Rössner (XIV. Bezirk) und beantragt die Abschreibung wegen unbekannten Aufenthaltes. (Angenommen.)

(429.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Währing um Bewilligung einer Remuneration für die Bediensteten der Tramway-Kemise in Währing und beantragt, denselben für ihre Dienstleistung bei den Ausfahrten der freiwilligen Feuerwehr Währing im Jahre 1894 die Gratificationen in den bisherigen Beträgen, und zwar:

dem Stallmeister 100 fl.,

dem Fouragemeister 25 fl.,

den übrigen theilhaftigen Bediensteten 40 fl.,

in Gemäßheit des Magistrats-Antrages zu bewilligen.

(Angenommen.)

(444.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Melzer um Aufzahlung für die Neupflasterung der Thaliastraße im XVI. Bezirke und beantragt:

Der Stadtrath wolle dem Pflasterermeister Johann Melzer die nachträgliche Erhöhung des im Kostenanschlage für die zur M.-B. 75318/V ex 1893 ausgeführte Neupflasterung der Thaliastraße im XVI. Bezirke für die Zufuhr von je 1000 Stück Würfelsteinen eingestellten Einheitspreises von 10 fl. auf 12 fl. 50 kr., daher mit Rücksicht auf den mit Stadtraths-Beschluß vom 9. August 1893, B. 5694, genehmigten Nachlaß von 25 1/2 Percent und die Anzahl der thatächlich zugeführten Würfelsteine, d. i. 68246 Stück, eine Aufzahlung von 127 fl. 11 kr. auch für diese Neupflasterung entfallenden Verdienstbetrag bewilligen, dagegen die angesuchte Mehrzahlung für die Ausbesserung nachträglich eingetretener Pflastererzeugungen unter Hinweis auf § 26 des bei Vergebung gegenständlicher Arbeiten mit dem gesuchstellenden Ersther vereinbarten Regulativs abweisen.

(Angenommen.)

(3265 ex 1894.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Victor Lieb gegen feuerpolizeiliche Aufträge, betreffend das Haus VII., Halbgaße 27, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(3266 ex 1894.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Heinrich Willner wider feuerpolizeiliche Verfügungen, betreffend das Haus VII., Mondscheingasse 16, und beantragt, dem Recurse stattzugeben.

(Angenommen.)

(2128 ex 1894.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Kirchenvorsteher der Pfarrkirche Mariahilf (Barnabiten) wider feuerpolizeiliche Aufträge und beantragt, dem Recurse vollinhaltlich stattzugeben.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, dem Recurse nur hinsichtlich des Auftrages, die gespendeten Kerzen nur an einem vollkommen abgepfändeten Orte unter Aufsicht einer verlässlichen Person abbrennen und in der Nähe Sand zur Abdämpfung brennender Kerzenmassa bereithalten zu lassen, Folge zu geben.

Antrag Dr. Hackenberg angenommen; in den übrigen Punkten erscheint sonach der Referenten-Antrag abgelehnt.

(10329 ex 1894.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Josef Kretschmer wider feuerpolizeiliche Verfügungen, betreffend das Haus VII., Zieglergasse 44, und beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

(Angenommen.)

(3267 ex 1894.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Edmund Wagner, Holzwohle-Erzeugers, wider feuerpolizeiliche Aufträge, betreffend das Haus VII., Bernardgasse 31, und theilt mit, daß der Recurs gegenstandslos sei, da Recurrent das Geschäft aufgegeben habe und in dem bezeichneten Hause nicht mehr wohne.

(Zur Kenntniß.)

(10385 ex 1894.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem XIV. Bezirke und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Panholzer Johann, Victualienhändler;

Haudek Josef, Schneidermeister;

Notz Anton, Tischlermeister;

North Leopold, Metallgießer;

Rehacek Anton, Victualienhändler;

Muzik Josef, Plattierer.

(Angenommen.)

(10288 ex 1894.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XIV. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Hahn Josef, Kutscher und Hausbesorger;

Hietler Theresia, Victualien-Verschleißer;

Hörhan Ignaz, k. k. Sicherheitswachmann;

Schnalek August, Tischlermeister;

Serwenka Franz, Tischlermeister;

Korntbauer Alois, Fleischermeister;

Hudec Josef, Sattlergehilfe;

Zahrada Josef, Schlossergehilfe;

Krömen Josef, Magazineur;

Hein Katharina, geb. Silipp, Bedienerin;

Högler Gottlieb, Maschinenwärter;

Dangl Johann, Arbeiter der k. k. österr. Staatsbahnen;

Dražorad Emerich Wenzel, Bronzarbeiter;

Horacek Anna Josefa, Maschinwärterin;

Volkronn Anton, Federarbeitergehilfe;

Gobula Johann, Laternenanzünder;

Rüger Karl, Kutscher;

Recho Stephan, Hausdiener;

Swoboda Franz, Drechslergehilfe;

Pohl Karl, Fleischergehilfe;

Kruschek Rudolf, Gemischtwaren-Verschleißer;

Alfuz Josef, Milchmeier;

Eckstein Bernhard, Rechnungsführer;

Kudrna Josef, Webergehilfe;

Kienast Cäcilie, Handarbeiterin;

Meißner Vincenz, Partieführer;

Kade Josef, k. k. Briefträger;

Diegler August Karl, Mechanikermeister;

Fasching Leopold, Milchmeier im Geschäfte des Vaters;
Weber Matthias, Schuhmachermeister;
Janu Wenzel, Druckergehilfe. (Angenommen.)

(401.) **St.-R. Sturm** referiert über die Baulinienbestimmung für Dr.-Nr. 2, 4 und 6 Rautensteingasse im I. Bezirke und beantragt, die Baulinie im Sinne der im Plane roth eingezeichneten Linien a b festzusetzen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es sei, insoweit der General-Regulierungsplan noch nicht festgesetzt ist, vor jeder Bekanntgabe einer Baulinie in der Inneren Stadt ohne Rücksicht auf bestehende Gemeinderaths-Beschlüsse der betreffende Act dem Stadtrathe vorzulegen.

Referent beantragt als Zusatz zu seinem Antrage, es sei das Project der Verlängerung der Akademiestraße, und zwar bis zur Singerstraße, zu urgieren.

Referenten-Antrag mit Zusatz des Referenten und des **St.-R. Dr. Lueger** angenommen.

(441.) **Derselbe** referiert über das Offert der Eigentümer des Hauses Nr. 111 Kaiserstraße im VII. Bezirke auf Ankauf derselben seitens der Gemeinde um den Betrag von 60.000 fl. behufs Durchführung der Bernardgasse im VII. Bezirke und beantragt die Ablehnung im Hinblick auf die Höhe des geforderten Preises.

(Angenommen.)

(362.) **Derselbe** referiert über die Beitragsleistung seitens des Theodor Witt. v. Taussig zu den Straßenregulierungskosten von der Gloriettegasse bis zur Rainzerstraße und beantragt:

Der von Theodor Witt. v. Taussig angebotene Beitrag von 1400 fl. zu den Kosten der Straßenregulierung vom Bruche der Gloriettegasse bis zur Rainzerstraße im XIII. Bezirke Hiezing in Wien wird angenommen und ist von der Schadloshaltungssumme für den abzutretenden Straßengrund seinerzeit in Abrechnung zu bringen, wogegen der Genannte von der Trottoirherstellung längs seiner Realität Einl.-Z. 143, Rüniglborg, Hiezing, vom Punkte A der Planföge und der Zahlung eines Anerkennungszinses für den unter der Gartenböschung am Promenadewege liegenden Straßengrund für sich und seine Rechtsnachfolger dauernd enthoben wird.

Endlich wird die vom Gefuchsteller erbetene Abänderung der Niveaucote seiner Realität von 43.64 m auf 44.14 m, resp. 43.84 m zur Erzielung einer besseren Einfahrt in seine Realität an der abgekappten Ecke beim Zusammenstoße der Gloriettegasse und des Promenadeweges genehmigt.

(Angenommen; letzter Absatz an den Gemeinderath.)

Derselbe referiert über Ansuchen um Aufnahme in das Verzeichnis der für Erlangung der 18jährigen Steuerfreiheit in Aussicht genommenen Umbauhäuser, und zwar:

(386.) bezüglich des Hauses IX., Porzellangasse 37, und

(387.) bezüglich des Hauses I., Sternegasse 7, Marc Aurelstraße 4. Referent beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(286.) **St.-R. Witt. v. Neumann** referiert über die Offerte der Wiener Baugesellschaft auf einen Theil der städtischen Realität Dr.-Nr. 3 Rahlgasse, Einl.-Z. 877, VI. Bezirk, und beantragt:

1. bezüglich der genannten Offerte durch ein Comité mit der Wiener Baugesellschaft in Verhandlung zu treten;

2. den im obigen städtischen Hause wohnhaften Parteien, mit welchen eine längere als vierteljährige Kündigungsfrist vereinbart ist, ist zu kündigen und sind bei Abschluß von neuen Mietverträgen nur mehr vierteljährige Kündigungsfristen zu fixieren. (Angenommen.)

(424.) **Derselbe** referiert über die Offerte des Otto Schwiner noe. der Administration des E. Panady'schen Stiftungshauses I., Laurenzerberg 5, Adlegasse 16, puncto Grundcompensation und Grundentschädigung und beantragt die compensationsweise Überlassung des nach der neuen Baulinie zur Bauarea einzubeziehenden Grundstückes per 40.18 m² gegen eine gleichgroße Fläche des von dem Baugrunde zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grundstückes per 160.34 m² und die Bestimmung einer Pauschalentschädigung von 15.000 fl. für die restliche Grundabtretung für den Fall, als die Grundabtretung und Einbeziehung innerhalb zweier Jahre stattfindet und nicht etwa durch Genehmigung anderer Baulinien (Straßenzug Praterstraße—Stephansplatz) die Situation vollständig geändert wird.

St.-R. Dr. Lueger beantragt beizufügen, daß dieser Bewertung mit Rücksicht auf den wohlthätigen Zweck dieser Stiftung zugestimmt wird.

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. Lueger angenommen.

(259.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Katharina Efermak um Baubewilligung für VIII., Fuhrmannsgasse 12, und beantragt, den Bauconsens zu bestätigen. Jedoch wäre der in die Verbauung einzubeziehende Straßengrund um den Einheitspreis von 60 fl. per Quadratmeter einzulösen. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

26. Jänner 1895.

Die Anzahl der bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen verwendeten Arbeiter hat in der abgelaufenen Woche 1344 betragen, hievon waren 828 beim Bau des Schleusencanals nächst Nußdorf, 390 an der Gürtel- und Vorortelinie der Stadtbahn, 126 am Sammelcanale auf dem rechten Wienflußufer beschäftigt; außerdem standen beim Schleusencanalbau 7 Dampfmaschinen und 1 Fuhrwerk, beim Bahnbau 1 Dampfmaschine und 16, beim Sammelcanalbau 13 Fuhrwerke in Verwendung.

Approvisionnement.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 20. Jänner bis 26. Jänner 1895.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . . 250.351 kg (Davon aus Niederösterreich — 176.374; aus Oberösterreich — 1.475; aus Steiermark 108; aus Tirol —; aus Mähren — 5.590; aus Galizien — 53.973; aus Ungarn — 10.769; aus der Bukowina — 2.062; aus Croatien —; aus Bosnien —; aus Australien — kg)
Kalbfleisch . . . 12.666 „ (Davon aus Niederösterreich — 170; aus Oberösterreich —; aus Mähren — 101; aus Galizien — 12.281; aus Ungarn — 104; aus der Bukowina — 10 kg)

| | | |
|---------------------|-------------|--|
| Schafffleisch . . . | 714 kg | (Davon aus Nieder-Österreich —; aus Ober-Österreich —; aus Mähren —; aus Galizien — 307; aus Ungarn — 72; aus Croatien —; aus der Bukowina — 335 kg) |
| Schweinfleisch . . | 64.485 " | (Davon aus Nieder-Österreich — 27.082; aus Ober-Österreich —; aus Böhmen — 1.480; aus Steiermark —; aus Mähren — 1.082; aus Galizien — 26.882; aus Ungarn — 7.867; aus Croatien —; aus der Bukowina — 92 kg) |
| Kälber | 1.301 Stück | (Davon aus Nieder-Österreich — 188; aus Ober-Österreich — 3; aus Salzburg —; aus Mähren — 49; aus Galizien — 1.006; aus Ungarn — 27; aus der Bukowina — 28 St.) |
| Schafe | 117 " | (Davon aus Nieder-Österreich — 107; aus Ober-Österreich —; aus Kärnten —; aus Mähren —; aus Galizien —; aus der Bukowina — 4; aus Ungarn — 6; aus Croatien — St.) |
| Schweine | 940 " | (Davon aus Nieder-Österreich — 151; aus Mähren — 11; aus Galizien — 754; aus Böhmen — 7; aus Ungarn — 17; aus der Bukowina — St.) |
| Lämmer | 40 " | (Davon aus Nieder-Österreich — 20; aus Mähren — 1; aus Galizien — 2; aus Ungarn — 17 St.) |

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

| | | |
|--------------------------|-----------------------------------|---------------------------|
| Rindfleisch | Siedfleisch | von 25 bis 72 fr. per Kg. |
| | Rostbraten u. Nieren | 36 " 95 " " " |
| | Australisches: vorderes | — " " " |
| " | " hinteres | — " " " |
| Kalbfleisch | von 36 bis 70 " " " | |
| Schafffleisch | " 40 " 54 " " " | |
| Schweinfleisch | " 44 " 66 " " " | |
| Kälber | " 36 " 58 " " " | |
| Schafe | " 40 " 54 " " " | |
| Schweine | " 42 " 56 " " " | |
| Lämmer | " 3½ " 5 fl. per Stück. | |

Bei geringerer Zufuhr gegen die Vorwoche war die Kauflust eine ziemlich lebhaft. Kalbfleisch, Schafffleisch und Kälber wurden um 2 bis 4 fr. per Kilogramm höher verkauft, während die übrigen Fleischwaren im allgemeinen die vorwöchentlichen Preise behaupteten.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 28. Jänner 1895.

1. Auftrieb.

Maftvieh 3472, Weidenvieh —, Weidenvieh 1179.

Summa . 4651.

Davon — nach Racen:

| | |
|-------------------------|------|
| Ungarische Thiere . . . | 2266 |
| Galizische " . . . | 912 |
| Deutsche " . . . | 1324 |
| Büffel " . . . | 149 |

Davon — nach Gattungen:

| | |
|------------------|------|
| Ochsen | 3624 |
| Stiere | 314 |
| Kühe | 713 |

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

| | | | | |
|---|----|---|----|---|
| Ungar. Schlachtthiere von 50 bis 65 fl. | | | | |
| (extrem) | " | " | " | " |
| Galiz. Schlachtthiere | 50 | " | 60 | " |
| (extrem) | 61 | " | 62 | " |
| Deutsche Schlachtthiere | 50 | " | 67 | " |
| (extrem) | " | " | 68 | " |
| Weidenvieh | " | " | " | " |

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 46%), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt etc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt etc., zugeführt.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

| | |
|----------------------|-------------------|
| Ochsen | von 20 bis 34 fl. |
| Stiere | " 23 " 35 " |
| Kühe | " 22 " 30 " |
| Büffel | " 17 " 27 " |
| Weidenvieh | " 16 " 22 " |
| Weidenvieh | " — " — " |

c) Preis per Stück:

Weidenvieh . . . von 24 bis 60 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

| | |
|----------------------|-----------|
| Ochsen | 253 Stück |
| Weidenvieh | 279 " |

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 1098 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben.

Bei genügendem Angebote und flauer Ultimo-Stimmung ist in den gedruckten Preisen des letzten Montagsmarktes keine wesentliche Änderung eingetreten.

* * *

Pferdemarkt vom 25. Jänner 1895.

Zum Verkauft wurden gebracht: 445 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde 80 — 380 fl. per Stück.

" Schlachtpferde 15 — 58 " " "

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 26. Jänner 1895.

a) Getreide.

| | |
|---|--|
| Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg) von 6 fl. 60 fr. bis 7 fl. 35 fr. | |
| Roggen (" " " 71—78 ") " 5 " 55 " " 5 " 95 " | |
| Gerste " 5 " 25 " " 8 " 80 " | |
| Mais " 6 " 75 " " 7 " 35 " | |
| Hafer " 6 " 05 " " 6 " 95 " | |

b) Mahlproducte.

| | |
|-----------------------|------------------------------------|
| Griß | von 11 fl. — fr. bis 12 fl. 50 fr. |
| Weizenmehl | 5 " — " 15 " 50 " |
| Roggenmehl | 6 " 10 " 11 " — " |
| Weizenkleie | 3 " 75 " 4 " — " |
| Roggenkleie | 4 " — " 4 " 15 " |

Städtisches Lagerhaus.

Vom 17. Jänner bis 24. Jänner 1895.

| | |
|-----------------------------|----------------------|
| Waren eingelagert | 12.126 Meter-Centner |
| " ausgelagert | 27.955 " |

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 6680 Meter-Centner.

| | |
|--|-------------------------------|
| Lagerstand vom 24. Jänner 1895: 362.696 Meter-Centner, und zwar: | |
| 74.922 Meter-Centner Weizen, | 88.362 Meter-Centner Roggen. |
| 70.797 " Gerste, | 38.762 " Hafer, |
| 916 " Mais, | 33.584 " Disteln, |
| 18.382 " Mehl u. Kleie, | 1.428 " Wein, |
| 2.673 " Zucker, | — Hektoliter à 100% Spiritus. |
| Der Affecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,280.250 fl. öst. Währ. | |

Approvisionnement-Angelegenheiten.

Reinhaltung der Kleider der in der Großmarkthalle verwendeten Arbeitsleute.

Auf Grund des § 93 des Gemeindefstatutes hat der Magistrat unterm 13. December 1894, M.-B. 170442/XV, nachstehendes verordnet:

Die in der Großmarkthalle beschäftigten Hilfspersonen (Lehrjungen, Gehilfen, Markthelfer u.), sowie diejenigen Personen, welche den Transport von Fleischwaren in die Großmarkthalle oder aus derselben besorgen, dürfen hiebei keine mit Blut oder sonstwie beschmutzte, ekelerregende oder zerrissene Kleider tragen.

Alle diejenigen Personen, welche sich einer Übertretung dieser Vorschrift schuldig machen, sind vom Marktamt sofort aus der Großmarkthalle wegzuweisen und werden außerdem ebenso wie Arbeitgeber, welche es an der nothwendigen Aufsicht über ihre Arbeitsleute fehlen lassen, in Gemäßheit des oben citierten Gemeindefstatutes mit einer Geldstrafe bis zu 200 fl. oder mit Arreststrafe bis zu 14 Tagen bestraft.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 24. Jänner bis 28. Jänner 1895:

Für Neubauten:

- I. Bezirk: Haus, Rohlmart 5, von Alois Schumacher, Baumeister (377).
 " " Haus, Bauernmarkt 12, von E. Schein, Landstrangasse 1, Bauführer ? (387).
 III. Bezirk: Haus, Gürtelstraße, Grdb.-Einf. 2755, von Michael Ronsperger, XVIII., Döblingerstraße 32, Bauführer Ambros Schmid (379).
 " " Haus, Gürtelstraße, Grdb.-Einf. 2756, von Michael Ronsperger, XVIII., Döblingerstraße 32, Bauführer Ambros Schmid (381).
 XVI. Bezirk: Dreiflüßiges Haus, Neulerchenfeld, Hasnerstraße 77, von Ignaz Hofner, Richard Wagnerplatz 15, Bauführer Thomas Hofner (4490).

Für Zubauten:

- XI. Bezirk: Zwei Hofstrakte, Simmering, Grdb.-Einf.-B. 1508, Parc. 679/4, 678/7, Fugogasse, von Franz und Theresie Schmidt, Bauführer Anton Kurz (1396).
 XVI. Bezirk: Hofquertact, Ottakring, Hyrtlgasse 32, Conser.-Nr. 1227, von Gustav und Anna Schneider, Thaliastraße 83, Bauführer Kowarik (4602).
 XVII. Bezirk: Dornbach, Hauptstraße 102, von Heinrich und Franz Glaser, Hauptstraße 98 und 100, Bauführer ? (3424).

Für Adaptierungen:

- I. Bezirk: Graben 29, von Johann Schranz, Bauführer Franz Daxelmüller (384).
 II. Bezirk: Laborstraße 6, von Anton Höcker, Maurermeister (374).
 III. Bezirk: Marzergasse 15 a, von Karl Kirchem, Baumeister (405).
 " " Rennweg 8, von Anna Marie Auerberg, Bauführer Josef Gruber (430).

IV. Bezirk: Starhembergstraße 3, von Nikolaus Mundt, Bauführer Frauenfeld & Berghof (407).

VIII. Bezirk: Kochgasse 17, von Karl Mayer, Bauführer Alois Ziegler (373).

XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Morizgasse 13, von Bachofen v. Egt und Medinger, XIX., Ruzsdorf, Bauführer ? (2221).

" " Rudolfsheim, Buchgasse 50, von Marie Stodinger, ebenda, Bauführer Gottfried Niber (2336).

XVI. Bezirk: Ottakring, Rensfeldergasse 35, von Franz Zeiner, Bauführer Franz Haslinger (4042).

" " Ottakring, Seitenberggasse 40, von Thomas Krönauer, Bauführer Franz Kowarik (4047).

" " Neulerchenfeld, Gaullagergasse 42, von Wilhelmine Biller, Ottakring, Hauptstraße 39, Bauführer Josef Reinhardt (4502).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Magazin und Werkstätte, Große Sperlgasse 43, von Odo M. Meißl, III., Erbbergstraße 32, Bauführer E. Stigler (397).

" " Rohrkanal, Große Sperlgasse 33, von Leopold Klausner, Bauführer J. Schobesberger (419).

VIII. Bezirk: Brandschaden-Reconstruction, Josefsstädterstraße 16, von Ferd. und Jeanette Leonhardt, Maria Treugasse 5, Bauführer Rud. Breier (390).

XI. Bezirk: Abtragung von Dachbodenanker und Auführung von zwei Dachbodenfenster, Simmering, Kraußgasse 13, von Leop. Prager, Rinnböckstraße 48, Bauführer derselbe (1621).

XIX. Bezirk: Einfriedigungsmauer, Döbling, Ruzhgasse 62, von Ed. Hasenbühl & Comp., ebenda, Bauführer Karl Höllerl jun. (2106).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

III. Bezirk: Steingasse 29, von Josef Schrems (402).

VII. Bezirk: Spittelberggasse 6, Guttenberggasse 5, von Karl Epstein und Consorten, durch Wih. Stiaßny (391).

X. Bezirk: Einf.-B. 1012, Lagenburgerstraße, von Salomon und Josefina Singer (3186).

" " Einf.-B. 1160, Mührengasse, von Jakob Sch. Straßberg (3624).

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Hasnerstraße 77, von Ignaz Hofner, Richard Wagnerplatz 15 (4295).

" " Ottakring, Einf.-B. 2896, Cat.-Parc. 742/6, Paleßgasse, von Bartholomäus Bayer, XVII., Halmgasse 9 (4503).

XIII. Bezirk: Weinhaus, Ladnergasse 100, Conser.-Nr. 21 und Einf.-B. 5, von Josef Haupt, Stadtbaumeister, noe. Anton Preßlinger (2254).

" " Gartengrund, Währing, Einf.-B. 1546, Conser.-Nr. 1014, Parc. 216/2 im Grundb. Währing, von Josef Haupt noe. Gustav Ethofer (2255).

" " Gerthof, Einf.-B. 429, Erde der Bastiengasse und Parkgasse, von Wenzel Frischka (2419).

Gewerbebeanmeldungen vom 22. Jänner 1895.

(Fortsetzung.)

- Kowak Adalbert — Schuhmachergewerbe — I., Brunngasse 1.
 Böber Anton — Stadtslohnkutscher — IV., Alleeegasse 64.
 Klose Amalia — Stickerin — VIII., Pfeilgasse 4.
 Tudek Franz — Tischler — XII., Meidling, Jakobstraße 13.
 Reschny Josef — Unschlitthandel — V., Johannugasse 18.
 Kobler Josef — Verabreichung von Speisen und von Thee, Auskhauf von Bier und Brantwein — IV., Wehringergasse 32.
 Kaiser Josef — Tischler — VI., Kasernengasse 11.
 Brüll Ferdinand — Verschleiß von Galanteriewaren — VIII., Blindengasse 19.
 Cerny Francisca — Victualien-Verschleiß — III., Pfefferhofgasse 5.
 Koppmann Marie — Victualienhandel — XVII., Hernals, Ladnerg. 56.
 Rawratil Anna — Victualien-Verschleiß — VIII., Stodagasse 8.
 Thein Marie — Wäscheputerei — XIV., Rudolfsheim, Fuglgasse 34.
 Zdenek Aloisia — Weißnäherei — IX., Sobieskigasse 23.
 Pietzschmann Tobias — Zeitungs-Verschleiß — IX., Badgasse 24.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 23. Jänner 1895.

- Faulhaber Anna — Bäckergerbe — XIV., Rudolfsheim, Arnsteing. 25.
 Dittler Adolf — Besuch der Frucht- und Mehlbörsen — IV., Fugasse 18.
 Scharf Janni — Buchbindergerbe — II., Heitzelmannngasse 5.
 Gschina Wenzel — Commissions-Verschleiß von Fahrrädern — VIII., Biaristengasse 37.
 Schwarz Heinrich — Commissionsweiser Verschleiß von Fahrrädern — VIII., Biaristengasse 37.
 Klobouk Josef — Drechsler — XII., Unter-Meidling, Wandlgasse 12.

Hofmann Josefa — Einpännerin 1499 — XIV., Rudolfsheim, Arnsteingasse.
 Rubinek Josefina — Einpännerin 156 — X., Columbusplatz.
 Sers Ignaz — Eisengießerei — II., Dresdenerstraße 85.
 Pfeiffer Leopold — Erzeugung von Regereien — VII., Lerchenfelderstraße 73.
 Stein Salomon — fabrikmäßige Erzeugung von Maschinen — II., Brigittaplatz 19.
 Fally Rosa Magdalena — Feinpußerei — IV., Mühlgasse 7.
 Wollner Josef — Friseur und Kafeur — III., Heßgasse 3 a.
 Eil Gustav — Gastwirt — V., Hundsturmstraße 13.
 Schindler Anna — Gastwirtin — XVIII., Gerthofersstraße 103.
 Weinwurm Konrad — Gastwirt — VII., Neustiftgasse 113.
 Kolbechoner Herich — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke — II., Kleine Schiffgasse 17.
 Deutsch Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Köblgasse 9.
 Kunst Gustav — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Große Sperlgasse 19.
 Rumbigraber Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Seideng. 20.
 Simet Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Lagenburgerstr. 60.
 Winger Julius — Gemischtwarenhandel — X., Triesterstraße, Parzelle Nr. 2070.
 Reißl Therese — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Dresdenerstraße 113.
 Walchensheimer Franz — Gold- und Silberarbeiter — VII., Zollerger. 33.
 Cooper Edwin — Handelsagentie — II., Jägerstraße 5.
 Finkelshten Gustav — Handelsagentie — II., Schiffamtsgasse 20.
 Kirchner Georg, Lenz Ludwig — Hutfuß-Erzeuger — XIII., Hütteldorferstraße 80.
 Wiesrau Marie — Damenkleidermacherin — VII., Burggasse 52.
 Kalina Franz — Damenkleidermacher — VII., Schottenfeldgasse 1.
 Muntz Karoline — Damenkleidermacherin — VII., Hermannsgasse 28.
 Görl Johann — Kleinhandel mit Holz und Kohlen — II., Stephaniestraße 2.
 Serzan Margaretha — Marktvictualienhandel — XVIII., Währing, Kirchengasse, Markt.
 Klamert Emma — Marktvictualienhandel — II., Karmelitermarkt.
 Snovich Marie — Marktvictualienhandel — XVII., Hauptstraße 101.
 Rohner Karl — Rajschinenhoffer — VII., Schottenfeldgasse 36.
 Vohlbauer Franz — Maschinenleihamt — XIV., Rudolfsheim, Reindorfgasse 36.
 Hartmann Rosina — Mehl- und Grieß-Verschleiß — XI., Simmering, Hauptstraße 58.
 Daub Karl — Metallschläger — VII., Schottenfeldgasse 55.
 Bruckner Katharina — Milch- und Gebäck-Verschleiß — X., Ban der Müllgasse 22.
 Peterka Emilie — Milch-Verschleiß — II., Untere Augartenstraße 37.
 Viktor Johann — Verschleiß von Milch, Gebäck, Butter, Eiern und Canditen — VII., Neustiftgasse 78.
 Engelmayer Eduard — Selchwaren-Verschleiß — VII., Zieglergasse 65.
 Schwarz Alexander — Schuhmacher — VII., Breitegasse 19.
 Erlinbacher Josef — Schuhmacher — III., Am Canal 11.
 Hartmann Josef — Tapezierergewerbe — II., Große Sperlgasse 16.
 Nowak Karl — Tischler — XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 64.
 Riner Rudolf — Tischler — XV., Fünthaus, Franzgasse 5.
 Rauer Marie — Verkaufslizenz für Schul-, Gebetbücher, Kalender und Heiligenbilder — VIII., Langeasse 41.
 Reymar Franz — verkäufliches Wirtsgewerbe — IV., Starckenbergg. 3.
 Rigler Adolf — Verschleiß von Apparaten für Ventilationen, Rauchableitungen und Verbesserung von Heizanlagen — VII., Neustiftgasse 5.
 Weininger Josef — Verschleiß von Bettwaren, Bettfedern, Rosshaaren, alten Metallen und Fellen — II., Klosterneuburgerstraße 28.
 Dantewicz Bertha — Verschleiß von Kalendern, Heiligenbildern, Schul- und Gebetbüchern — II., Wallensteinstraße 53.
 Scharf Francisca — Verschleiß von Papier, Zeichen-, Schreibrequisiten, Kurzwaren — II., Wallensteinstraße 24.
 Ebel Karl — Verschleiß von Papier, Zeichen- und Schreibrequisiten und mercantilen Druckorten — II., Schwarzingerasse 1.
 Feiginger Thelma — Verschleiß von photographischen Bedarfsartikeln mit Auschluss von Giften — VII., Mariahilferstraße 4.
 Pergeth Marie — Verschleiß von Pferdeleisch und Pferdeleisch-Selchwaren — II., Große Sperlgasse 36.
 Winkler Francisca — Verschleiß von Thee — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 77.
 Rosenheim Josef — Victualienhändler — VIII., Lerchenfelderstraße 136; I., Tiefer Graben XVIII., Währing, Mitterbergasse.
 Rechfeld Gabriele — Zeitungs-Verschleiß — XVIII., Währing, Pulverturmstraße 1.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 24. Jänner 1895.

Fleischer Philipp — Bank- und Wechselgeschäft — IX., Universitätsstr. 12.
 Dubowsky Wenzel — Betrieb eines Kinder-Eislaufsplatzes — VIII., Schönbornpark.
 Bärner Johann — Drechsler — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 14.
 Knoll Leopold — Drechsler — XVI., Redtenbacherstraße 11.
 Gräßle Katharina — Eßig-Erzeugung — XII., Weidling, Erlgasse 22.

Schleiß Johann — Gast- und Schantgewerbe — XIX., Unter-Sievering, Silbergasse 4.
 Dvorak Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Lerchenfelder-gürtel 8.
 Grißl Josefina — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Pramerergasse 3.
 Hrdlicka Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Landgutgasse 13.
 Kiseh Cyril — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Erlachgasse 25.
 Mosheimer Amalie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 28.
 Szalay Simon — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Sobieskigasse 7.
 Drahorad Theodor — Gürtler- und Bronzwaren-Erzeuger — XVI., Ottakring, Liebhartsgasse 6.
 Grünfeld Josef — Gürtler — XVI., Neulerchenfeld, Hippgasse 25.
 Hermann Eßig — Handel mit Farben-Druckbildern — IX., Türkenstraße 33.
 Policki Johann Nepomuk — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Wienice Polski“ — III., Hauptstraße 2.
 Federer Gustav — Handelsagentie — IX., Alferstraße 67.
 Batholi Margaretha — Kaffeeschank — XVI., Lerchenfeldergürtel 25.
 Komaczil Paul — Kleider- und Hute-Leihanstalt — VI., Millergasse 33.
 Benes Josef — Herrenkleidermacher — IX., Mosergasse 7.
 Korger Anna — Damenkleidermacherin — IX., Harmoniegasse 8.
 Pella Marie — Kleidermacherin — VI., Liniengasse 39.
 Peinisch Johann — Kleidermacher — VI., Stumpfergasse 49.
 Braspir Franz — Kleidermacher — VIII., Lerchenfelderstraße 58.
 Bricha Anton — Kleinfuhrwerk Lic.-Nr. 1046 — XIX., Ober-Obbling, Willrothstraße 71.
 Bachheimer Agnes — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XVII., Hernals, Mariengasse 15.
 Wache Josef — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — III., Hörneggasse 26.
 Matich Hermine — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Markt in der Brunngasse.
 Schrub Marie — Marktvictualienhändler — VI., Detailmarkthalle, Stand 140.
 Knefke Felix — Maschinist — XVI., Bachgasse 1.
 Häfner Franz — Meerschampschneider — VI., Stromayergasse 4.
 Havelka Franz — Metallschleifer — VI., Bürgerplatzgasse 20.
 Kinsch Josef — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VI., Gumpendorferstr. 97.
 Kreimer Karl — Milch-Verschleiß — XVI., Brunngasse 9.
 Lechner Anton — Musiker — V., Kochgasse 24.
 Poly-Lucsa-Bajecsek Eva — Obst- und Grünwaren-Verschleiß im Umherziehen — XVI., Gaullachergasse 30.
 Reichreiter Hermine — Obst- und Süßfrüchten-Verschleiß — XVI., Markt in der Thaliastraße.
 Gschwein Ludwig — Pfadler — I., Seitenstettengasse 5.
 Friedmann Ignaz — Pfadler — I., Seitenstettengasse 5.
 Hofmann Antonie — Pfadlerin — VI., Steingasse 9.
 Blach Antonie — Pfadlerin — XVI., Speckbacherstraße 13.
 Windischberger Josef — Pferdeleisch-Verschleiß — XVI., Thaliastr. 67.
 Güte Nina — Privatlehranstalt für Maßnahmen zc. — V., Hundsturmstraße 17.
 Burggraf Walburga — Schlossergewerbe — XVI., Neulerchenfelderstr. 38.
 Blachke Max — Schuhmachergewerbe — VI., Amerlingstraße 13.
 Bruha Anna — Schuhmachergewerbe — XVI., Ottakringerstraße 212.
 Pella Cyril — Schuhmachergewerbe — X., Lagenburgerstraße 48.
 Rhyba Josef — Schuhmacher — X., Lagenburgerstraße 48.
 Hannich Sophie — Selchwaren-Verschleiß — III., Rennweg 5.
 Drnstein Minich Wolf — Spirituosenhandel — X., Simmeringerstraße 140/142.
 Krulisch Wilhelm — Tapezierer — XII., Gaudenzb., Schönbrunnerstr. 10.
 Ponichab Rosalia — Tröblerin — XVI., Gaullachergasse 22.
 Bogner Josef — Verschleiß von Zuckerbäckergewaren und Auschank von Sodawasser mit oder ohne Fruchtstücken — VIII., Florianigasse 3.
 Zwick Franz — Victualien-Verschleiß — VI., Stumpfergasse 11.
 Soldan Jakob — Victualien-Verschleiß — XVI., Salmgasse 9.
 Schneider Leopold — Vordrucker — V., Arbeitergasse 14.
 Duba Marie — Wäscheputzerin — X., Gellertgasse 15.
 Madanet Josefa — Wäsche- und Kleiderputzerei- und Übernahme von Kleiderstoffen zum Färben — XVI., Friedrich Kaiserergasse 39.
 Hausner Marie — Weißnäherei — XVI., Gerbststraße 31.
 Pfeiffer Albertine — Zeitungs-Verschleiß — III., Hauptstraße 67.
 Burian Adolf — Zuckerbäcker — XVI., Thaliastraße 84.
 Plachty Willibald — Zuckerbäckergewerbe — XIX., Rufsborferplatz 4.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 25. Jänner 1895.

Herzl Edmund — Brantweinshank — IX., Währingerstraße 44.
 Hentschel Theresia — Chemische Färberei und Färberei — XVIII., Währing, Cottagegasse 7.
 Budie Philipp — Commissionswarenhandel in Leinenwaren — I., Werderthorgasse 4.
 Riegg Anton — Commissionswaren-Verschleiß — I., Stoß-im-Himmel 1.
 Swoboda Wenzel — Stummacher — V., Högelmüllergasse 14.
 Fröschels Paul, Dr. — Exporthandel — I., Grillparzerstraße 14.

| | |
|---|--|
| Lustfandel Franz — Fiaker (Lic.-Nr. 533) — II., Praterstraße. | |
| Reif Franz — Fleischerhauer — X., Himbergerstraße 1. | |
| Willinger Johann — Fleischerhauer — XIV., Rudolfsheim, Märzstr. 50. | |
| Göbja Jakob — Fleischerhauer — XIV., Rudolfsheim, Braunhirschg. 47. | |
| Wolf Valentin — Friseur und Rasen — XV., Fünfhäus, Neubaugürtel 39. | |
| Vallenda Josef — Gast- und Schankgewerbe (Pachtbetrieb) — XVIII., Währing, Weinhauserstraße 91. | |
| Blonder Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhäus, Schönbrennerstraße 42. | |
| Hlinka Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Altmuttergasse 5. | |
| Rambauert Wilhelm, Hille Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Windmühlgasse 5. | |
| Deszosty Anna — Grünwaren-Verschleiß — XV., Fünfh., Palmg. 2. | |
| Freih Franz — Gärtler und Bronzarbeiter — XVI., Ottakring, Oboargasse 22. | |
| Vollstini Luigi — Handelsagentie — I., Grünangergasse 10. | |
| Ginzkey Ignaz, Ginzkey Wilhelm, Ginzkey Alfred — Handel mit Teppichen und Decken — I., Fugel 1. | |
| Leisak Josef — Holz- und Kohlenhandel — XV., Fünfhäus, Finkg. 16. | |
| Jelinek Josef — Herren-Kleidermacher — XV., Fünfh., Victoriag. 14 a. | |
| Robald Anna — Kaffeebergwerke — IX., Liechtensteinstraße 12. | |
| Kunst Johann Ev. — Marktführer — XV., Fünfhäus, Finkgasse 10. | |
| Senst Johann — Mehls- und Hülsenfrucht-Verschleiß — III., Erdbergstraße 59. | |
| Geller Laura — Modistin — VI., Gumpendorferstraße 15. | |
| Sorowits Clara — Modistengewerbe — I., Hoher Markt 10. | |
| Munsch Anton — Musiker — XV., Fünfhäus, Goldschlagstraße 21. | |
| Schebaum Wilhelm — Musiker — XV., Fünfhäus, Bengasse 4. | |
| Blumberg August, Blumberg Georg — Pfadler — I., Gonzagagasse 12. | |
| Ruzicka Amalia — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 82. | |
| Wehle Paul — Privat-Violon- und Clavierschule — IX., Berggasse 11. | |
| Briza Adolf — Schilder- und Schriftenmaler — XIII., Penzing, Winkelmannstraße 14. | |
| Jelinek Franz — Schuhmacher — XVI., Ottakring, Festgasse 6. | |
| Mandl Johann — Schuhmacher — IX., Abergasse 3. | |
| Steiner Gustav — Spengler — XVI., Neulerchenfeld, Neulerchenfelderstraße 65. | |
| Capel Karl — Tischler — XV., Fünfhäus, Würfelgasse 4. | |
| Eckert Johann — Tischler — XVI., Ottakring, Postfingergasse 6 (neu 49). | |
| Novak Josef — Tischler — XIV., Rudolfsheim, Wehrgasse 15. | |
| Steiner Samuel — Vermittlung von Annoncen gewerblichen Inhaltes durch Anbringen in dem eigenen Stellwagen — VI., Stumpergasse 60. | |

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

| | |
|--|-------|
| Gemeinderath: | Seite |
| Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 25. Jänner 1895. | |
| Inhalt: | |
| Mittheilungen des Vorsitzenden: | |
| 1. Entschuldigung des Gem.-Rathes Schrenck wegen Fernbleibens | 225 |
| 2. Beurlaubung des Gem.-Rathes Baugoin | 225 |
| 3. Legat des Leon Wechsler | 225 |
| 4. Spende des Directors Wild (Wohltätigkeits-Vorstellung) | 225 |
| 5. Spende des Eigenthümers des Epterhazy-Bades | 225 |
| 6. Spende des Johann E. Vohar | 225 |
| 7. Erklärung der der Opposition angehörigen, in der Gemeinderathssitzung vom 18. Jänner d. J. in mehrere Commissionen als Mitglieder gewählten Gemeinderäthe, diese Wahlen nicht annehmen zu können | 225 |
| 8. Bekanntgabe der seitens der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer in das Schiedsgericht für Lagerhausstreitigkeiten gewählten Mitglieder | 225 |
| 9. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Tomola, betreffend eine vorzeitige amtsärztliche Aufhebung der Contumaz bei einem Scharlachfalle | 225 |
| 10. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Steiner, betreffend die Aufrechterhaltung des fahrordnungsmäßigen Verkehrs auf der Strecke Grinzingerstraße in Heiligenstadt der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft | 226 |
| 11. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Bäsch, betreffend den Einfluß des neuen Sammelcanales in der Schönbrenner Hauptstraße zwischen der Bäder- und Gemeindegasse | 226 |
| 12. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Steiner, betreffend die Richtigkeit der in der Notiz der „Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 17) unter dem Titel „Die Arbeiterfreundlichkeit der Commune“ gemachten Angaben | 226 |

| | |
|---|-----|
| 13. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Stehlik, betreffend die Inhabierung des Umbaues der Goldberger'schen Stiftungshäuser, I., Johannesgasse 11 und 13 | 227 |
| Interpellationen: | |
| 14. Gem.-Rath Röhrl, betreffend die Errichtung eines k. k. Postamtes im XIV. Bezirke und die Aufstellung einer genügenden Anzahl von Briefsammlkästen daselbst | 227 |
| 15. Gem.-Rath Schögl, betreffend die Demolierung des alten Schulgebäudes Ecke der Prinz Karl- und Reinborfstraße im XIV. Bezirke | 227 |
| 16. Gem.-Rath Jedlicka, betreffend einen Fall der Einbringung von Verpflegskosten für den Verein „Lehrlingsheim“ durch den Magistrat in administrativen Wege | 228 |
| 17. Gem.-Rath Eigner, betreffend Unzukömmlichkeiten bei den Wagen am Rindermärkte in St. Marx | 228 |
| 18. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Art der Erzeugung von Abzugbier seitens einiger Wiener Bierbrauereien | 228 |
| Anträge: | |
| 19. Gem.-Rath Schuh, betreffend die Revision des Gemeindestatutes | 228 |
| 20. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Abstellung einiger Uebeltände am Central-Viehmarke | 229 |
| 21. Derselbe, betreffend die Einleitung von Verhandlungen mit einigen Eisenbahn-Unternehmungen zum Zwecke der Bekehrungsverführung | 230 |
| 22. Gem.-Rath Röhrl, betreffend die Verbesserung der Beleuchtung bei der Kreuzung der Gumpendorferstraße, beziehungsweise Sechshäuser Hauptstraße und der Gürtelstraße | 230 |
| 23. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Niveau-Regulierung der Billrothstraße im XIX. Bezirke | 230 |
| 24. Gem.-Rath Sauerborn, betreffend die Einführung der Beleuchtung in der Himbergerstraße von der früheren Gemeindegrenze bis zur neuen Verzebrungsfeuerlinie | 230 |
| 25. Gem.-Rath Jedlicka, betreffend die Sperrung des Wiener Gemeinbezirktes für den Hausierhandel | 230 |
| Referate: | |
| 26. Gem.-Rath Bojchan, betreffend die Zusammenlegung einer Anzahl kleiner Appoints des 35-Millionen-Kronen-Anlehens vom Jahre 1894 in größere Abschnitte | 230 |
| 27. Gem.-Rath Mayer, betreffend die Gewährung eines Beitrages für die Erhaltung des sogenannten Touristenweges auf den Leopoldsberg durch den Österreichischen Touristenclub | 236 |
| 28. Derselbe, betreffend die Verlegung der städtischen Baumschule auf den dem Bürgerhospitalfonds gehörigen Grundcomplex in Kaiser-Ebersdorf, XI. Bezirk, genannt „Himmelreich“ | 236 |
| 29. Siehe unter Wahlen. | |
| 30. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend die Projectgenehmigung für die Errichtung eines Schöpfwerkes in der Friedrichsgasse, Ecke der Zwölfergasse im XV. Bezirke | 238 |
| 31. Gem.-Rath Schneiderhan, betreffend die Überstundenvergütung für das Straßenräuberpersonal im I. Bezirke | 238 |
| Wahlen: | |
| 29. Vorname von Wahlen in das Curatorium des k. k. österr. Vereins für Kunst und Industrie, in das Schiedsgericht für Lagerhausstreitigkeiten und in die Baudeputation | 237 |
| Stadttrath: | |
| Bericht über die Stadttraths-Sitzung vom 21. Jänner 1895 | 244 |
| Allgemeine Nachrichten: | |
| Commission für Verkehrsanlagen | 246 |
| Approvisionnement: | |
| Täglicher Fleischmarkt vom 20. bis 26. Jänner 1895 | 246 |
| Schlachtviehmarkt vom 28. Jänner 1895 | 247 |
| Pferdemarkt vom 25. Jänner 1895 | 247 |
| Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 26. Jänner 1895 | 247 |
| Städtisches Lagerhaus | 247 |
| Approvisionierungs-Angelegenheiten: | |
| Reinhaltung der Kleider der in der Großmarkthalle verwendeten Arbeitsleute | 248 |
| Baubewegung: | |
| Gefuche um Baubewilligungen vom 24. bis 28. Jänner 1895 | 248 |
| Gewerbeanmeldungen | 248 |
| Rundmachungen. | |
| Beilage: | |
| Verordnungen und Entscheidungen, sowie Normativbestimmungen des Gemeinderathes, Stadttrathes und des Magistrates (I). | |

Verleger: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Friedrich Edler v. Radler, Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. Bittener Papierfabrik. — J. B. Wallishausser's k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maas). Wien, I., Wallischgasse 10.